

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 22

vom 7. Juni 2013  
Redaktion: Katja Richardt

## Bund

910. Sitzung des Bundesrates ..... 3

## Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburg unterstützt engagierte Muslime ..... 11

Hamburger Mindestlohngesetz tritt Montag in Kraft ..... 13

Deutscher Nationalpreis 2013 im Hamburger Rathaus verliehen ..... 15

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Neue Berufs- und Studienorientierung an der Stadtteilschule ..... 17

Senator Rabe zu Gast beim Planspiel „FidZ – Finanzen der Zukunft – Haushalt macht Schule“ ..... 20

## Gesundheit und Verbraucherschutz

Weiter hohe Investitionen für moderne stationäre Versorgung von Patientinnen und Patienten ..... 22

Mehr gefährliche Produkte identifiziert und die Einfuhr gestoppt ..... 24

## Stadtentwicklung, Umwelt und Energie

„Smart Port Energy“ – Hamburgs Hafen wird Schaufenster für erneuerbare Energien ..... 25

Mehr neue Wohnungen für Hamburg ..... 29

Elbe-Hochwasser: Keine Gefahr für Hamburg ..... 31

## Wirtschaft und Hafen

Zweiter Hafenentwicklungsdialo g Deutsche Bucht am 03.06.2013 in Hamburg ..... 33

Hamburg Port Authority und Port of Los Angeles führen erfolgreiche Zusammenarbeit fort ..... 35

## Inneres

Verfassungsschutz: Transparenz und Entschlossenheit in der Arbeit für die Sicherheit ..... 36

## Justiz und Gleichstellung

Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek fordert nach Karlsruher Entscheidung zum Ehegattensplitting Öffnung der Ehe ..... 39

## Kultur

Hamburg sucht innovative Geschäftsmodelle aus der Hamburger Musikwirtschaft.....	40
Hamburg und der Bund bringen Sanierung von St. Nikolai auf den Weg .....	42
Senatsempfang zum 40jährigen Jubiläum des Hamburg Balletts .....	43

## Bezirke

Entwicklung Hoheluftchaussee Es tut sich etwas! .....	44
Eimsbüttel hat wieder eine eigenständige Produktionsschule .....	46
Kinderferienprogramm Sommer 2013 des Bezirkes Eimsbüttel .....	47

## Zur Information

Terminkalender .....	48
----------------------	----

Landesvertretung Hamburg, 6.Juni 2013/br06

## **An der 910. Sitzung des Bundesrates am 7. Juni 2013 nehmen Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil**

Die Tagesordnung umfasst 104 Punkte.

- I Reden im Bundesrats-Plenum
- II Hamburger Gesetzesinitiativen und Positionen
- III Ergebnisse des Vermittlungsausschuss

### **I Reden**

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz** spricht zum Mieterschutz (TOP 52/53; voraussichtlich gegen 9.45 Uhr). Mieterinnen und Mieter sollen künftig besser vor Mietwucher und überhöhten Maklerprovisionen geschützt werden. Dazu hat Hamburg zwei Gesetzesinitiativen vorgelegt, die am Freitag im Bundesrat abschließend beraten werden.

**Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks** wird zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen eine Rede halten (TOP 98). Hamburg will hier einen eigenen Straftatbestand im Strafgesetzbuch schaffen.

### **II Hamburger Gesetzesinitiativen und Positionen**

#### **Mieterschutz: Bundesrat entscheidet über Hamburger Gesetzesinitiativen**

Mietwucher und hohe Maklerprovisionen stellen Wohnungssuchende in Ballungsräumen mit knappem Wohnraum vor immer größere Probleme. Dem will Hamburg mit zwei Gesetzesinitiativen Einhalt gebieten. Zum einen sollen Mieterinnen und Mieter künftig von Maklergebühren entlastet werden, in dem das sog. Bestellerprinzip bei der Vermittlung von Wohnungen angewandt wird. Zum anderen sollen Wohnungssuchende durch eine Deckelung des Mietpreises bei Neuvermietungen vor Mietwucher geschützt werden. Nach dem Willen Hamburgs und weiterer Bundesländer sollen künftig die Vermieter die häufig geforderte Provision von zwei Nettomieten plus Mehrwertsteuer bezahlen, wenn diese den Makler beauftragt haben. Die mittlerweile üblich gewordene Kostenabwälzung seitens der Vermieter auf Mieterinnen und Mieter würde mit diesem Vorstoß untersagt. Die zweite Hamburger Initiative gegen unangemessene Mieten sieht vor, dass bei Neuvermietungen der Mietpreis maximal 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Dies soll über eine Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes erreicht werden. **Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz** betont die ehrgeizigen Ziele der Hansestadt, die darüber hinaus bezahlbares Wohnen sichern sollen. So baut Hamburg pro Jahr 6.000 neue Wohnungen, davon ein Drittel für den sozialen Wohnungsbau. „Das ist das aktuell größte Programm in Deutschland.“, sagt Scholz, „Im vergangenen

Jahr haben Hamburgs Bezirke weit mehr als 8.000 Wohnungen genehmigt. Und bei diesem Ziel bleibt es. Wir müssen mehr Wohnungen bauen, damit der Markt reagiert und die Mieten sinken.“ In dem Zusammenhang wird von Hamburg auch ein klares Signal des Bundes erwartet: „Die Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau müssen auch bis 2019 weiterhin zur Verfügung stehen werden“, so Scholz weiter, „Auf dieser Fahrt erwarte ich vom Bund Öl im Getriebe, keinen Sand“.

### **Hamburg will Langzeitarbeitslose besser und fair fördern**

Mit einem Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung will Hamburg gemeinsam mit anderen Ländern Langzeitarbeitslosen bessere und faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Denn trotz der guten wirtschaftlichen Lage gibt es eine Gruppe von Arbeitslosen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder persönlichen Schwierigkeiten kaum den Wiedereinstieg in reguläre Beschäftigungsverhältnisse schafft. „Die nachhaltige Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit bedarf neuer Strategien und Instrumente“, begründet **Detlef Scheele, Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration** die Hamburger Gesetzesinitiative, „Mit der Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung verbessern wir die bisherige Regelung und schaffen ein qualitativ hochwertiges und praktikables Instrument, durch die Bürgerinnen und Bürger mit erheblichen Vermittlungshemmnissen sich wieder auf dem Arbeitsmarkt erproben können“. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass Arbeitgeber, die Langzeitarbeitslosen Arbeitsplätze bieten, mit einem Zuschuss von bis zu 75 Prozent rechnen können. Vorausgesetzt, es werden faire Löhne gezahlt, d.h. zumindest nach Tarif oder ortsüblich. Auch soll eine Beschäftigungsdauer über das zweite Jahr hinaus möglich sein. Das so eingesparte Arbeitslosengeld II würde dann zur Refinanzierung dieser Arbeitsplätze eingesetzt.

### **Korruption im Gesundheitswesen: Hamburg will Straftatbestand gegen Bestechung schaffen**

Hamburg hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem Korruption im Gesundheitswesen besser bekämpft werden soll. In Zukunft sollen Bestechungen und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen mit einem eigenen Straftatbestand im Strafgesetzbuch geahndet werden (§ 299a StGB-E). Die Neuregelung wurde erforderlich, nachdem der Große Senat des Bundesgerichtshofs im vergangenen Jahr entschieden hat, dass sich niedergelassene Ärzte und Ärztinnen nicht strafbar machen, wenn sie von einem Pharmaunternehmen Vorteile als Gegenleistung für eine Verordnung von Medikamenten erhalten. **Hamburgs Justizsenatorin Jana Schiedek**: „Auch im Gesundheitswesen müssen wir die Korruption effektiv bekämpfen. Die derzeitigen berufsrechtlichen Sanktionen reichen nicht aus. Der Bundesgerichtshof hat keinen Zweifel daran gelassen, dass es sich z.B. bei der durch die Staatsanwaltschaft Hamburg aufgedeckten Praxis um strafwürdige Korruption handelt. Die bestehende Gesetzeslücke im Strafgesetzbuch müssen wir schließen. Um unlautere Praktiken aufzudecken brauchen wir effektive Ermittlungsinstrumente der Staatsanwaltschaft.“

**Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks** ergänzt: „Wir müssen auch über strafrechtliche Sanktionen sicherstellen, dass ausschließlich medizinische Gründe für eine Therapieentscheidung maßgeblich sind. Das betrifft alle Gesundheitsberufe, nicht nur Ärztinnen und Ärzte. Das Vertrauen der Patientinnen und Patienten in die Unabhängigkeit ihrer Behandler muss geschützt werden. Eine Sanktion von Bestechung im Gesundheitswesen ist zudem im Interesse der ganz überwiegenden ehrlichen Mehrheit der dort Tätigen.“ Die Hamburger Gesetzesinitiative, der sich auch Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, sieht vor, dass Angehörige eines staatlich anerkannten Heilberufs, die sich einen Vorteil dafür versprechen lassen, dass sie medizinische Leistungen verordnen oder vermitteln, mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und in besonders schweren Fällen mit bis zu fünf Jahren bestraft werden.

## **Reform des Flensburger Punktesystems: Bundesrat fordert Nachbesserungen**

Das Punktesystem für Verkehrssünder soll vereinfacht werden. Demnach soll es pro Delikt nur noch ein bis drei statt bisher bis zu sieben Punkte geben. Die Fahrerlaubnis würde folglich bei nur noch acht statt bisher achtzehn Punkte entzogen. Ab sechs Punkten würde der Besuch eines Seminars verpflichtend. Dieses sog. Fahreignungsseminar wird künftig nicht nur von Fahrlehrern, sondern zusätzlich von Verkehrspsychologen durchgeführt. Unabhängig davon sollen künftig feste Tilgungsfristen für die jeweiligen Verkehrsverstöße gelten, die – anders als bisher – nicht durch neue Delikte verlängert werden. Der Bundesrat hatte im ersten Beratungsdurchgang zahlreiche Verbesserungen zu dem Reformvorhaben empfohlen. Diese wurden vom Bundestag jedoch kaum aufgegriffen. **Mit Unterstützung Hamburgs wird der Bundesrat daher den Vermittlungsausschuss anrufen.** So wird unter anderem gefordert, dass das neu geschaffene Fahreignungsseminar zuvor in einem Modellversuch erprobt und evaluiert wird. Auch sollten dessen Kosten begrenzt werden, damit finanziell schwächere Bürgerinnen und Bürger nicht benachteiligt werden. Nach Meinung der Länder solle zudem die ursprünglich vorgesehene Regelung, pro Verstoß maximal zwei Punkte zu vergeben, beibehalten werden.

## **Investment-Fonds-Regulierung: Hamburg unterstützt Anrufung des Vermittlungsausschusses**

Mit dem AIFM-Steueranpassungsgesetz werden Folgeänderungen im Steuerrecht vorgenommen, die aus der Umsetzung der europäischen Alternative Investment Fund Manager-Richtlinie resultieren (AIFM-Umsetzungsgesetz). Dadurch soll der Fondsstandort Deutschland weiter gestärkt werden. Das AIFM-Steueranpassungsgesetz sieht steuerrechtlichen Rahmenbedingungen vor, die eine gebündelte Verwaltung von betrieblichen Altersvorsorgevermögen international tätiger Unternehmen ermöglichen. Künftig soll es also attraktiver werden, Altersvorsorgevermögen ausländischer Tochterunternehmen zentral in Deutschland verwalten zu lassen. Gleichzeitig wird eine neue Rechtsform zur Bündelung von Pensionsverpflichtungen und Pensionsvermögen eingeführt, die sog. „Investment-Kommanditgesellschaft“. In dieser Gesellschaft könnten international tätige Unternehmen, ihre auf mehrere Länder verteilten Pensionsvermögen zusammenfassen. Das Gesetz enthält zudem Regelungen, mit denen steuerliche Gestaltungsspielräume und Missbrauchsmöglichkeiten im Investmentsteuerrecht eingeschränkt werden. Nach Meinung Hamburgs und anderer Länder müsste die steuerliche Einführung einer Investment-Kommanditgesellschaft jedoch zunächst eingehend untersucht werden. **Hamburg unterstützt deshalb die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu diesem Gesetz.** Ferner sollte die Kommanditgesellschaft besser mit der ohnehin geplanten grundlegenden Reform der Investmentbesteuerung in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus spricht sich Hamburg für eine Pauschalbesteuerung im Investmentsteuergesetz aus. Diese solle verhindern, dass ausländische Einkünfte inländischer Anleger bei Kapital-Investitionsgesellschaften dauerhaft steuerneutral gegen die deutsche Besteuerung abgeschirmt werden können. Schließlich müsse auch die Bilanzierung übernommener Pensionsverpflichtungen neu geregelt werden.

## **Bekämpfung von Steuerbetrug bei Banken**

Der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll es künftig möglich sein, wirksamer gegen Banken einzuschreiten, bei denen Steuerstraftaten gehäuft auftreten. Dies sieht **ein von Hamburg unterstützter Gesetzentwurf** vor, der am Freitag in den Bundesrat eingebracht wird. Bei nachgewiesenen Steuerstraftaten würde die BaFin in die Lage versetzt, einzelne Geschäftsleiter abzurufen oder Teilbereiche einer Bank stillzulegen. Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus vor, auch ganzen Banken leichter die Lizenz entziehen zu können. Damit soll der Druck auf Banken

erhöht werden, mit den Finanzämtern zu kooperieren. Allerdings ist der Lizenzentzug bei einer Verweigerung der Auskunftspflicht und der Mitwirkungspflicht nur als Ultima Ratio vorgesehen. Die mildereren Sanktionen ermöglichen somit, Verstöße einzelner Geschäftsbereiche zu ahnden, ohne die Bank als Ganzes zu treffen.

### **Hamburg fordert Nachbesserungen beim Honorarberatungsgesetz**

Mit dem Honorarberatungsgesetz soll die unabhängige Finanzberatung gestärkt werden. Finanzberater dürfen sich künftig „Honorarberater“ nennen, wenn sie sich bei der Vermittlung von Geldanlagen ausschließlich durch ein Honorar des Kunden bezahlen lassen. Eine Provision der Anbieter von Finanzprodukten darf nicht angenommen werden. Damit will das Gesetz Anstoß für eine alternative Beratungskultur geben. Denn bislang werden Kundinnen und Kunden hauptsächlich durch Banken beraten, die für die Vermittlung von Geldanlagen eine Provision der Produkthanbieter erhalten. Folglich orientiert sich die Empfehlung häufiger an der Höhe der Provision als am Bedarf des Kunden. Allerdings beschränkt sich das Provisionsverbot auf Wertpapiere wie Zertifikate und offene oder geschlossene Fonds. Bausparverträge, Versicherungen, Kredite und Sparprodukte sind davon ausgenommen. **Hamburg will deshalb den Vermittlungsausschuss anrufen.** Denn Honorarberater müssen in der Lage sein, aus dem gesamten Bereich der Finanzprodukte die optimale individuelle Lösung für den Kunden zu entwickeln. Zudem sollte der Anbieter von Finanzprodukten zur Ausweisung von Nettotarifen verpflichtet werden.

### **Energieeinspargesetz: Hamburg drängt auf ein Verbot von Nachtspeicherheizungen**

Mit dem neuen Energieeinspargesetz wird eine EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Daneben wird eine Grundpflicht zur Errichtung von Neubauten als Niedrigstenergiegebäude im Gesetz verankert. Diese soll ab 2019 für Bundesgebäude und zwei Jahre später für alle andere Gebäude gelten. Ursprünglich sah das Gesetz auch ein schrittweises Verbot von Nachtspeicherheizungen vor. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens wurde dieses Verbot durch die Regierungsfractionen jedoch wieder aufgehoben. Der Umweltausschuss des Bundesrates kritisierte die Herausnahme. **Hamburg teilt diese Kritik und unterstützt die Anrufung des Vermittlungsausschusses**, mit dem Ziel, das Betriebsverbot von Nachtspeicherheizungen ab dem 31. Dezember 2019 beizubehalten.

### **Neustart für die Suche nach einem Endlager für Atommüll**

Das dem Bundesrat zur abschließenden Beratung vorliegende Gesetz ist Ergebnis einer seit Ende 2011 geführten Bund-Länder-Abstimmung, in die zuletzt auch Vertreter der Bundestagsfractionen sowie der Parteien mit einbezogen waren. Ziel war es, ein allseits akzeptiertes Verfahren für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle festzulegen. Beim abschließenden Bund-Länder-Gespräch am 9. April 2013 wurde eine partei- und länderübergreifende Einigung erzielt. Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle soll demnach im nationalen Konsens zwischen Bund und Ländern, Staat und Gesellschaft, Bürgerinnen und Bürgern erfolgen. Parallel zum Kabinettsbeschluss der Bundesregierung wurde der Gesetzentwurf zum Standortauswahlgesetz als Fraktionsinitiative von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Deutschen Bundestag eingebracht. Vor Beginn des Auswahlverfahrens soll eine pluralistisch zusammengesetzte Kommission Grundsatzfragen insbesondere zu Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien klären. Die Standortauswahl soll in mehreren Stufen erfolgen, ausgehend von einer „weißen Landkarte“, über die Auswahl obertätig und später untertätig zu erkundender Standorte bis hin zur Festlegung des endgültigen Standortes. Während des gesamten Verfahrens ist eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen. Weitere Castor-Transporte mit

hochradioaktivem Abfall in den Jahren 2015 und 2016 in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben unterbleiben. Stattdessen haben sich die Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bereit erklärt 21 der insgesamt 26 ausstehenden Castoren aufzunehmen. Für fünf Castoren muss noch ein weiteres Zwischenlager gefunden werden.

### **Stärkung der Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters**

Unverheiratete Väter können in Zukunft auch gegen den Willen der Mutter das gemeinsame Sorgerecht für ihre Kinder bekommen, wenn es dem Kindeswohl nicht widerspricht. Dies sieht ein Gesetz vor, das dem Bundesrat am Freitag zur abschließenden Beratung vorliegt. Das Gericht entscheidet zukünftig über einen Antrag auf gemeinsame Sorge in einem vereinfachten Verfahren. Innerhalb einer Frist von sechs Wochen kann die Mutter zu dem Antrag Stellung nehmen. Mit der Reform des Sorgerechts reagiert die Bundesregierung auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Bislang hatten Väter keine Möglichkeit, das gemeinsame Sorgerecht ohne die Zustimmung der Mutter zu erlangen. EGMR und BVerfG erklärten diese Praxis als nicht vereinbar mit den Grundrechten der Väter.

### **Rentenerhöhung für Conterganopfer**

Eine neue Studie zeigt, dass die Spätfolgen der Conterganschäden schwerwiegender sind, als bislang angenommen. Der Bundestag hat darauf mit einem fraktionsübergreifenden Änderungsgesetz zum Conterganstiftungsgesetz reagiert: Rückwirkend ab dem 1. Januar dieses Jahres ist eine Erhöhung der monatlichen Conterganrenten von derzeit maximal 1.152 Euro auf maximal 6.912 Euro vorgesehen. Darüber hinaus werden zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 30 Mio. Euro jährlich zur Deckung spezifischer Bedarfe der Betroffenen im Einzelfall bereitgestellt. Dabei werden die Leistungen weder auf andere Sozialleistungen noch auf das eigene oder auf das Einkommen des Ehepartners angerechnet. Der Bundesrat wird dem Änderungsgesetz am Freitag zustimmen.

### **Hamburg will Recht auf ein Bankkonto schaffen**

Über eine halbe Million Bürgerinnen und Bürger lebt nach Schätzungen der Europäischen Union in Deutschland ohne ein Girokonto. Für die Betroffenen bedeutet dies nicht nur eine Beeinträchtigung im Alltag, sondern in manchen Fällen sogar eine Gefährdung ihrer Existenz – wenn etwa bei der Wohnungssuche oder durch den Arbeitgeber eine Kontoverbindung erwartet wird. Eine Bundesratsinitiative von Nordrhein-Westfalen, Hamburg und anderen Bundesländern soll nun Abhilfe schaffen: Der Gesetzesentwurf schafft die Grundlage für ein sogenanntes „Girokonto für jedermann“, mit dem jeder Bürger und jede Bürgerin über die Möglichkeit verfügen soll, den eigenen Zahlungsverkehr über ein Girokonto bargeldlos abwickeln zu können. Bislang besteht lediglich eine freiwillige Selbstverpflichtung von Banken und Sparkassen; allerdings ohne den gewünschten Erfolg.

### **Schneller aus der Schuldenfalle**

Eine Reform des Restschuldbefreiungsverfahrens soll es Schuldnern in Zukunft ermöglichen, sich früher, als dies bisher möglich war, von ihren Schulden zu befreien. Dies solle dann gelten, wenn sie innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren mindestens 35 Prozent der Forderungen ihrer Gläubiger und die Verfahrenskosten begleichen können. Schon nach drei – anders als bislang nach sechs – Jahren können Schuldner so künftig eine Chance für einen wirtschaftlichen Neuanfang erhalten. Gleichzeitig sollen auch die Gläubiger nicht ungeschützt bleiben: Ihnen bietet das Gesetz bessere

Möglichkeiten, ihre Rechte wahrzunehmen, wenn sie Einwände gegen eine Restschuldbefreiung haben. Schließlich will das Gesetz insolvente Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften gegen den Verlust ihrer Wohnung schützen.

### **Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe: Kostenstreit**

Das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz soll die Festsetzung und Heranziehung der Kostenbeiträge in der Kinder- und Jugendhilfe reformieren. Laut Praxis war dies seit langem überfällig. Insbesondere sieht das Gesetz eine gerechtere Verteilung der Kosten bei Jugendhilfemaßnahmen im Zusammenhang mit der Einreise von Hilfeberechtigten aus dem Ausland vor. Auch sollen die unteren Einkommensgruppen entlastet werden. Zudem zielt das Gesetz auf eine ausgewogenere Verteilung der finanziellen Belastung im Bereich der Kostenheranziehung. Der Bundesrat hatte im Zuge der Erstberatung des Gesetzes zahlreiche Empfehlungen beschlossen. Die Empfehlungen zur Kostenerstattung und einer diesbezüglicher Übergangsregelung wurden jedoch nicht berücksichtigt, obgleich diese auf einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände beruhen und sich zudem an einem Vorschlag des Bundesfamilienministeriums orientieren. **Hamburg unterstützt deshalb die Anrufung des Vermittlungsausschusses** in diesen Fragen.

### **Emails statt Behördengänge**

So mancher Behördengang könnte den Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft erspart bleiben. Denn ein von der Bundesrat wird am Freitag Gesetz beschließen, dass die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung vereinfacht. Dazu sollen insbesondere die bürokratischen und rechtlichen Hemmnisse der elektronischen Kommunikation weiter abgebaut werden. Schon jetzt ist möglich, die handschriftliche Unterzeichnung durch eine qualifizierte elektronische Signatur zu ersetzen. Zwei weitere sichere Verfahren sollen nun hinzu kommen. Das erste betrifft die von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Formulare. Diese werden nach sicherer elektronischer Identifizierung der oder des Erklärenden an die Verwaltung übermittelt. Eine sichere elektronische Identifizierung wird insbesondere durch die Online-Ausweisfunktion des neuen Personalausweises gewährleistet. Das zweite ist die sog. De-Mail in Ausgestaltung der Versandoption, welche eine „sichere Anmeldung“ des Erklärenden voraussetzt.

### **Beitritt Kroatiens zur EU: Hamburg fordert volle Arbeitnehmerfreizügigkeit**

Der Bundesrat wird am Freitag dem Beitritt der Republik Kroatiens zur Europäischen Union zum 1. Juli 2013 zustimmen. Damit würdigt er die Fortschritte des Landes im Beitrittsprozess. Gleichzeitig erinnert er jedoch auch an die Verpflichtung Kroatiens, sich weiterhin für Reformen in den Bereichen Justiz, Grundrechte und Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen. Auf Initiative Hamburgs sprach sich der Bundesrat zudem erneut dafür aus, dass kroatische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger bereits in der ersten Phase des Beitritts die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt werden sollte. Diese Bitte richtet sich an die Bundesregierung, die nach wie vor dafür plädiert, die Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie Entsendungen in den Branchen Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration für einen Übergangszeitraum von zunächst zwei Jahren einzuschränken. Bereits im März 2013 hatte der Bundesrat die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit empfohlen. Dies blieb bislang unberücksichtigt, obwohl die Erfahrungen mit der eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien gezeigt haben, dass diese die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus den betroffenen Ländern nicht von der Suche nach einer Erwerbstätigkeit in Deutschland abhält. Da die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung jedoch nicht möglich ist, kann dies ein Abgleiten in die

Illegalität, ohne Kranken- und Rentenversicherung, bedeuten. Mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit werden Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter aus dem In- und Ausland geschützt und soziale Standards auf dem deutschen Arbeitsmarktes gesichert. Nicht zuletzt ermöglicht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Betriebe und Unternehmen, die besten Köpfe aus ganz Europa einzusetzen und damit bestehende Standorte und Arbeitsplätze zu sichern.

### **Freihandelsabkommen zwischen EU und USA**

Die wirtschaftlichen Chancen eines den Atlantik überspannenden Wirtschaftsraums sind immens. Daher will die Europäische Union mit den USA ein Freihandelsabkommen aushandeln – die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ oder kurz: TTIP. Hierzu muss Brüssel von den EU-Mitgliedstaaten zunächst ein entsprechendes Verhandlungsmandat erhalten. Um zu einem Abkommen zu gelangen, dass den Gegebenheiten beider Wirtschaftsräume gerecht wird, gilt es noch viele Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Auch der Bundesrat begrüßt die Möglichkeiten, die mit dem Freihandelsabkommen verbunden sind. In einer Entschließung wird die Bundesregierung jedoch aufgefordert, audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen nicht in das Verhandlungsmandat sowie das Abkommen einzubeziehen. Aus US-amerikanische Perspektive sind derartige Dienstleistungen reine Wirtschaftsgüter. Hierzulande widerspricht dies sowohl nationalen Regelungen zur Kulturförderung sowie dem erfolgreichem Nebeneinander aus öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunk- und Fernsehangebietern.

## **III Ergebnisse des Vermittlungsausschuss**

Folgende Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat vom 5.7.2013 stehen am Freitag im Bundesrat zur Abstimmung:

### **Achte Novelle des Wettbewerbsgesetzes: Keine Anwendung des Kartellrechts auf Krankenkassen**

In einer informellen Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses unter Leitung der Hamburger Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks gelang es, einen partei- und länderübergreifenden Kompromiss zur Novelle des Wettbewerbsrechts (GWB) zu finden. Dieser wurde gestern im Vermittlungsausschuss bestätigt. Nach dem Kompromiss werden Gesetzliche Krankenkassen nicht mehr dem Kartellrecht unterworfen. Lediglich freiwillige Fusionen von Krankenkassen werden vom Kartellamt in Zusammenarbeit mit den für die Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) zuständigen Aufsichtsbehörden geprüft. Bei Rechtsstreitigkeiten darüber sind, wie bei allen anderen Angelegenheiten der GKV, die Sozialgerichte zuständig, nicht die Zivilgerichte. Die letztendliche Genehmigung einer Fusion erfolgt weiter durch die Aufsichtsbehörden. „Der Kompromiss ist eine gute Lösung im Interesse eines qualitativ hochwertigen und sozial orientierten Gesundheitswesens“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Es wird deutlich, dass eine enge Zusammenarbeit der gesetzlichen Krankenkassen vom Gesetzgeber auch weiterhin gewollt ist und auf vielen Gebieten, beispielsweise bei integrierten Versorgungsverträgen, dem Mammografie-Screening, der Selbsthilfeförderung oder bei Rabattverträgen, möglich bleibt.“ Der von den Regierungsfractionen eingebrachte Gesetzentwurf enthielt ursprünglich weitreichende Regelungen für das Gesundheitswesen, welche die Gefahr erhöht hätten, dass der Europäische Gerichtshof künftig Gesetzliche Krankenkassen als Unternehmen einstufen und damit das europäische Wettbewerbsrecht auf das gesamte deutsche Gesundheitswesen ausdehnen könnte. „Dies hätte zu

einer Verschlechterung der Versorgungssituation geführt und Kostensteuerungsinstrumente, wie beispielsweise Arzneimittelrabattverträge, in Frage gestellt“, sagt Prüfer-Storcks.

**Auch weitere Forderungen der Länder werden durch den Kompromiss erfüllt.** Öffentlich-rechtliche Gebühren und Beiträge unterliegen nicht der Missbrauchskontrolle, ebenso können damit nicht Durchleitungsansprüche an ein Wasserversorgungsunternehmen durchgesetzt werden. Wenn durch kommunale Gebietsreformen öffentliche Betriebe zusammengelegt werden, unterliegt dies nicht der Fusionskontrolle.

Die Achte GWB-Novelle sieht außerdem auch eine Reihe unstrittiger Regelungen vor. Dazu gehören **Anpassungen im Pressefusionsrecht**, die es Presseunternehmen erleichtern sollen, ihre wirtschaftliche Basis durch Fusionen abzusichern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten. Ferner wird auch das sog. **Presse-Grosso gesetzlich abgesichert**. Das Presse-Grosso gilt international als vorbildlich. Es gewährleistet, dass in Deutschland eine flächendeckende und neutrale Versorgung mit einem Vollsortiment an Zeitungen und Zeitschriften besteht. Dies wird bislang durch Branchenvereinbarungen ermöglicht, die derzeit jedoch Gegenstand von Gerichtsverfahren sind. Darüber hinaus werden durch die Achte GWB-Novelle auch die befristete besondere Missbrauchsaufsicht im Sektor Strom und Gas sowie das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis um weitere fünf Jahre verlängert. Verbraucherverbände sollen die Möglichkeit erhalten, Unternehmen wegen eines Kartellrechtsverstößes auf Unterlassung und auf Vorteilsabschöpfung für Schäden in Anspruch zu nehmen.

### **Einigung des Vermittlungsausschusses zu Steuergesetzen**

Neben dem Kompromiss im Wettbewerbsrecht konnte der Vermittlungsausschuss auch eine Einigung über zwei bislang strittige Steuergesetze erzielen. Dabei handelt es sich um das Amtshilferichtlinienumsetzungsgesetz und das Altersvorsorgeverbesserungsgesetz. Das erstgenannte Gesetz entspricht in vielen Teilen dem alten Jahressteuergesetz 2013. Es wird jedoch um Regelungen ergänzt, die der Schließung von nicht gewollten Steuergestaltungsmodellen dienen. Beim Altersvorsorgeverbesserungsgesetz werden insbesondere die Regelungen zum Verbraucherschutz umgesetzt. Dagegen fallen die vorgesehenen finanziellen Vergünstigungen beim sog. Wohn-Riester wegen befürchteter erheblicher Steuerausfälle für die öffentliche Hand weg. Hamburg unterstützt im Bundesrat dieses Ergebnis des Vermittlungsausschusses.

### **Mehr Transparenz bei der Berechnung von Bundesgebühren**

Auch hinsichtlich der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes konnte eine Einigung im Vermittlungsausschuss erzielt werden. Damit wird es für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen künftig weitaus einfacher, sich einen Überblick über die Gebühren des Bundes verschaffen. Denn die bislang in ca. 200 Gesetzen und Verordnungen geregelten Verwaltungsgebühren des Bundes werden in einheitlich aufgebaute Verordnungen überführt und in Gebührenverzeichnissen zusammengefasst. Der Bundesrat hatte mit Unterstützung Hamburg den Vermittlungsausschuss angerufen. Der nun erreichte Kompromiss sieht vor, dass die sich aus dem Luftverkehrsgesetz ergebenden Gebühren auch künftig bundeseinheitlich erhoben werden. Die Interessen Hamburgs sind damit umfänglich abgedeckt.

#### **Rückfragen der Medien:**

Dr. Katrin Cholotta  
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund  
Fon: 030 – 2 06 46-117, eMail: [katrin.cholotta@lv.hamburg.de](mailto:katrin.cholotta@lv.hamburg.de)  
[www.hamburg.de/landesvertretung](http://www.hamburg.de/landesvertretung)

6. Juni 2013/basfi06

## Hamburg unterstützt engagierte Muslime

### Start des Projektes „Muslimische Gemeinden als lokale Akteure“

In muslimischen Gemeinden Hamburgs werden Gemeindemitglieder immer häufiger nicht nur in religiösen Aspekten, sondern auch in sozialen Lebenslagen betreut und beraten. Gemeindemitglieder helfen ihren Mitmenschen bei Behördengängen, in Fragen der Kinderbetreuung und der Sprachförderung – und fördern auf diese Weise die gleichberechtigte Teilhabe der Muslime. Um sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen, werden engagierte Mitglieder muslimischer Gemeinden sprachlich und inhaltlich von Juni an fortgebildet. Hamburg ist eine von fünf deutschen Großstädten, die sich an diesem bundesweiten Vorzeige-Projekt des Goethe-Instituts und der Robert Bosch Stiftung beteiligen.

„Für unsere Stadt sind engagierte Muslime von großem Wert“, betont **Integrations senator Detlef Scheele**. „Durch ihre Unterstützung in ganz alltäglichen Fragen tragen sie zur Integration vieler Gemeindemitglieder bei. Mit dem Projekt möchten wir sie in ihrem Engagement stärken und durch den Dialog auch selbst dazulernen und die interkulturellen Kompetenzen der Öffentlichen Verwaltung weiter verbessern.“

An dem Projekt werden 15 Ehrenamtliche aus verschiedenen muslimischen Gemeinden teilnehmen und sich in den kommenden zwei Jahren in rund zehn Veranstaltungen mit Expertinnen und Experten Hamburger Ämter und Behörden sowie weiterer öffentlicher Institutionen austauschen. Themen werden hierbei u.a. Elternarbeit, Sprachförderung und Einbürgerung sein.

Die Erkenntnisse dieses gegenseitigen Austauschs sollen zum einen dazu dienen, dass die ehrenamtlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre gewonnenen Erkenntnisse als Mentorinnen und Mentoren in den Gemeinden verbreiten. Darüber hinaus erhalten die Kolleginnen und Kollegen der Öffentlichen Verwaltung einen noch besseren Eindruck von der geleisteten Arbeit in den Gemeinden. Damit greift das Projekt gleich zwei der im neuen Integrationskonzept des Senats festgelegten Schwerpunkte auf (den Interkulturellen Dialog und die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung) und fördert so weiter das Zusammenleben aller Hamburgerinnen und Hamburger.

**Hintergrund:**

Bereits 2011/12 hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration das vom Goethe Institut, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DiTiB) entwickelte Gemeinschaftsprojekt "Imame für Integration" in Hamburg umgesetzt. Das von der Robert Bosch-Stiftung geförderte Nachfolgeprojekt soll nun an die erfolgreiche Zusammenarbeit anknüpfen. Es bietet darüber hinaus gute Möglichkeiten, die im August 2012 abgeschlossenen Verträge mit muslimischen Verbänden in die Praxis umzusetzen und gemeinsam an der Gestaltung eines gelebten Miteinanders in der Stadt mitzuwirken.

Hamburg ist mit etwa 1,7 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt Deutschlands. Davon haben rund 27 Prozent (ca. 465.000 Personen) einen Migrationshintergrund (Zensus 2011). Der Anteil von Muslimen in der Bevölkerung liegt bei etwa 8 Prozent und damit 130.000 Einwohnern.

**Rückfragen der Medien****Olaf Dittmann**

Pressestelle Senatorenbüro  
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
Tel.: +49 42863 – 2889  
[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de)

7.6.2013/basfi07

## Hamburger Mindestlohngesetz tritt Montag in Kraft

### Gute Arbeit, faire Löhne: Mindestens 8,50 Euro pro Stunde

**Mitarbeiter der Freien- und Hansestadt Hamburg, der städtischen Unternehmen, der Zuwendungsempfänger und der Firmen, die künftig Aufträge der Stadt entgegen nehmen, erhalten ab sofort mindestens 8,50 Euro brutto pro Stunde: Nach Beschluss der Bürgerschaft und der Verkündung im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt tritt das Hamburgische Mindestlohngesetz nun am Montag, 10. Juni 2013, in Kraft. Damit setzt der Senat sein Ziel „Gute Arbeit – faire Löhne“ um und verhindert, dass Arbeitgeber, die ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie gegenüber der Gesellschaft nicht gerecht werden und Niedriglöhne zahlen, von öffentlichen Geldern profitieren.**

Das Landesmindestlohngesetz beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Freien und Hansestadt Hamburg, den neuen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto pro Stunde in allen städtischen Unternehmen umzusetzen, und regelt zugleich die Bedingungen im Zuwendungs- und Vergaberecht neu: Künftig müssen Unternehmen, die Zuwendungen erhalten oder sich in Vergabeverfahren bewerben, verpflichtet, ebenfalls den neuen Mindestlohn zu zahlen.

Da die Gesetzgebungskompetenz für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn beim Bund liegt, kann Hamburg mit den Regelungen eines Landesgesetzes nur die Gruppen von Beschäftigten erfassen, die im öffentlichen Einflussbereich beschäftigt sind. „Hamburg geht mit gutem Beispiel voran“, erklärt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Ich erwarte, dass eine neue rot-grüne Bundesregierung nach der Bundestagswahl rasch ein Bundesgesetz auf den Weg bringen wird, das alle Beschäftigten in Deutschland durch einen gesetzlichen Mindestlohn schützt.“

**Hintergrund:**

Der Senat hatte sich zum Handeln entschlossen, da die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes mehrfach gescheitert war und in Hamburg acht Prozent aller Beschäftigten, die 2010 in Hamburger Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiteten, weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienten. Gleichzeitig sind in Hamburg fast 33.000 Personen trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzende Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) angewiesen.

Am 20. November 2012 legte der Senat den Gesetzentwurf für ein Landesgesetz vor, welches Beschäftigte im öffentlichen Einflussbereich über eine Selbstverpflichtung der Freien und Hansestadt Hamburg erfasst. Eine Regelung, die für alle Arbeitsverhältnisse gilt, bleibt wegen der Kompetenzzuordnung für das Arbeitsrecht nach dem Grundgesetz dem Bundesgesetzgeber vorbehalten. Die Bürgerschaft hat den Gesetzentwurf am 24. April 2013 beschlossen. Nach der Verkündung des Gesetzes am 10. Mai 2013 tritt das Gesetz nun am 10. Juni 2013 in Kraft.

Die Beschäftigten der Stadt erhalten bereits alle einen Lohn von mehr als 8,50 Euro brutto pro Stunde. In den öffentlichen Unternehmen liegt die Vergütung ganz überwiegend oberhalb des Mindestlohns. Die Umsetzung in den wenigen öffentlichen Unternehmen, die im Einzelfall noch Mitarbeiter unterhalb des neuen Mindestlohnes beschäftigen, erfolgt spätestens mit Inkrafttreten des Gesetzes zum 10. Juni 2013.

Im Bereich der Zuwendungen und der Vergabe öffentlicher Aufträge gelten die neuen Regelungen für künftige Zuwendungen und Verträge. Soweit in *bestehenden* Rechtsverhältnissen der Mindestlohn noch nicht sichergestellt ist, wird der Senat sich auch hier für eine zeitnahe Zahlung des Mindestlohns einsetzen. Dazu prüft er Anpassungs- und Kündigungsmöglichkeiten.

**Für Rückfragen der Medien:****Olaf Dittmann**

Pressestelle

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

T: (040) 428 63 - 2889

E-Mail: [pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de)

5. Juni 2013/pr05

## Deutscher Nationalpreis 2013 im Hamburger Rathaus verliehen

### Preisträgerinnen Deutsche Jugendfeuerwehren

**Rund 500 Gäste folgten der Einladung von Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz zur Preisverleihung in den Großen Festsaal des Hamburger Rathauses, unter ihnen auch Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt. Die Urkunde des mit 50.000 Euro dotierten Deutschen Nationalpreises 2013 überreichte Ministerpräsident a.D. Kurt Biedenkopf an die Deutschen Jugendfeuerwehren.**

Die älteste Jugendfeuerwehr Deutschlands wurde 1882 in Oevenum/ Föhr gegründet. Vor rund 50 Jahren organisierten sich die Jugendfeuerwehren in Ost und West neu. Mit der diesjährigen Verleihung des Deutschen Nationalpreises würdigt die Deutsche Nationalstiftung das ehrenamtliche Engagement und die gesellschaftliche Integrationsleistung der Deutschen Jugendfeuerwehren. Sie sind mit über 240.000 Mitgliedern in ca. 18.000 Gruppen die bundesweit größte Jugendorganisation ihrer Art. Die Wahl Hamburgs als Ort der Preisvergabe ist, im 20. Jahr des Bestehens der Deutschen Nationalstiftung, auch eine Ehrerbietung an Helmut Schmidt als Stifter und Ehrenvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung.

Bürgermeister **Scholz** sprach von einer Ehre für Hamburg, dass in der Hansestadt der Deutsche Nationalpreis verliehen werde. Er dankte ganz besonders **Helmut Schmidt** zur Gründung der Deutschen Nationalstiftung vor 20 Jahren und gratulierte den Jugendfeuerwehren zu ihrer Auszeichnung: „Die Freiwilligen Feuerwehren sind gerade auf dem Land ein ganz wichtiger Bestandteil dessen, was „Jugendarbeit“ heißt. Und Sie sind dort wie auch in den Städten eine unverzichtbare Gemeinschaft, in der die Lernprozesse für Demokratie, Respekt und ein solidarisches Miteinander der Kulturen stattfinden.“ Er bezeichnete die Freiwilligen Feuerwehren in Deutschland als „Rückgrat des Brand- und Katastrophenschutzes“ und nannte „die ehrenamtlich geleistete Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zu einer funktionierenden Bürgergesellschaft“.

In seiner Rede mahnte **Helmut Schmidt**: „Wir alle aber, wir müssen wissen: Unsere Gesellschaft ist auf ehrenamtlich tätige Menschen angewiesen. Und lassen Sie uns deshalb nicht vergessen, den ehrenamtlich Tätigen, heute hier repräsentiert durch Vertreter der Jugendfeuerwehren, zu danken für ihren selbstlosen Einsatz. Die Deutschen Jugendfeuerwehren erweisen uns allen einen großen Dienst. Ihre Mitglieder sind Vorbilder für andere junge Menschen. Sie haben die Auszeichnung mit dem Deutschen Nationalpreis verdient.“

Die von **Helmut Schmidt** 1993 gegründete überparteiliche, unabhängige und gemeinnützige Deutsche Nationalstiftung will das Zusammenwachsen Deutschlands fördern, die nationale Identität

der Deutschen bewusst machen und die Idee der deutschen Nation als Teil eines vereinten Europas stärken. Sie veranstaltet internationale Jugendprojekte, Tagungen, Diskussionsforen und vergibt seit 1997 jährlich den mit 50.000 Euro dotierten Deutschen Nationalpreis an Menschen und Institutionen, die sich um die Ziele der Stiftung beispielhaft verdient gemacht haben.

Hintergrundinformationen:

[www.nationalstiftung.de](http://www.nationalstiftung.de) und [www.jugendfeuerwehr.de](http://www.jugendfeuerwehr.de)

### **Rückfragen:**

Pressebüro der Deutschen

Nationalstiftung

BKM Beratung Kommunikation Medien

Tel.: 040 / 40 8787 7950

Fax: 040 / 40 8787 7933

E-Mail: [info@hamburg-bkm.de](mailto:info@hamburg-bkm.de)

Jan Büchner

Pressestelle des Senats

Tel.: 040 / 428 31 – 21 83

E-Mail:

[Jan.Buechner@sk.hamburg.de](mailto:Jan.Buechner@sk.hamburg.de)

4. Juni 2013/bsb04

## Neue Berufs- und Studienorientierung an der Stadtteilschule

**Senator Rabe will den Übergang von der Schule in den Beruf verbessern**

Schulsenator Ties Rabe hat ein neues Konzept zur Berufs- und Studienorientierung in den Klassenstufen 8 bis 10 der Stadtteilschule vorgestellt. Das Konzept wurde zusammen mit Schulleitungen und Schulpraktikern aus Berufs- und Stadtteilschulen erarbeitet und basiert auf vielen erfolgreichen Unterrichtsangeboten einzelner Schulen. Senator Rabe: „Viele Schülerinnen und Schüler stehen am Ende der Schulzeit ratlos und ohne Ausbildungsplatz da, weil sie unter anderem nur sehr unklare Vorstellungen von ihren beruflichen Fähigkeiten und Möglichkeiten und keine Anschlussperspektive entwickelt haben. Zusammen mit der neuen Jugendberufsagentur und den verbesserten Angeboten der berufsbildenden Schulen soll die neue Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen den Übergang von der Schule in den Beruf oder in die gymnasiale Oberstufe verbessern. Wir wollen, dass Jugendliche nach der Schule gut vorbereitet den direkten Weg in den Beruf finden.“

Anlass für die Anstrengungen des Senats sind nach wie vor große Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf. Nur ein Viertel aller Jugendlichen, die bis Klasse 10 die Schule verlassen, wechselt direkt in eine berufliche Ausbildung. Auch ein halbes Jahr nach der Schule sind noch immer zwei Drittel dieser Schulabgänger, jährlich rund 3.000 Jugendliche, ohne berufliche Perspektive. Um den Übergang zu verbessern, werden unter anderem die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsangebote von Arbeitsagentur, Jobcenter, Schulbehörde und Bezirksämtern in neu gegründeten Jugendberufsagenturen gebündelt und der Zugang verbessert. Zudem wurden die Angebote der berufsbildenden Schulen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz durch eine bessere Personalausstattung sowie Praktika in Wirtschaftsbetrieben mit dem Ziel umgestaltet, den Weg in eine Ausbildung zu vereinfachen.

Die verbindliche Berufs- und Studienorientierung in den Stadtteilschulen ist eine weitere Maßnahme zur Verbesserung des Übergangs. Das neue Konzept regelt die Unterrichtsinhalte, den Unterrichtsumfang, die Ressourcen sowie Art und Umfang beruflicher Praktika im Lernbereich „Arbeit und Beruf“ der Stadtteilschulklassen 8 bis 10. Es soll mittelfristig auch auf die Studienstufe von

Stadtteilschule und Gymnasium ausgedehnt werden. Zur Verbesserung der Maßnahmen hat die Schulbehörde die Zahl der Lehrkräfte in diesem Bereich um 48 auf 126 Stellen aufgestockt. Sowohl Stadtteilschul- als auch Berufsschullehrkräfte arbeiten daran mit. Das neue Konzept wird im Schuljahr 2013/14 erprobt und ab Sommer 2014 verbindlich in allen Stadtteilschulen umgesetzt.

- In der Klassenstufe 8 klären die Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Unterrichts im Lernbereich Arbeit und Beruf ihre berufsbezogenen Interessen, Stärken und Kompetenzen, informieren sich über Berufsfelder und bereiten sich auf ihre Schulpraktika vor.
- In Klassenstufe 9 absolvieren die Jugendlichen zwei rund dreiwöchige Berufspraktika in Betrieben, wissenschaftlichen oder sozialen Einrichtungen. Sie erkunden deren Betriebs-, Arbeits- und Berufswelt und informieren sich über die nötigen Qualifikationen und Zugangsvoraussetzungen für Beruf und Studium. Die Berufspraktika werden als Blockpraktika oder Langzeitpraktika organisiert und im begleitenden zweistündigen Unterricht im Lernbereich Arbeit und Beruf vor- und nachbereitet.
- In Klassenstufe 10 wird der zweistündige Unterricht im Lernbereich Arbeit und Beruf mit anderen Schulfächern zu einem besonderen wöchentlichen Lerntag zusammengefasst. An diesem Lerntag bieten die Schulen den Jugendlichen je nach ihrem individuellen Abschlussziel unterschiedliche Lernmodule an, beispielsweise Berufspraktika, Unterrichtsangebote zur Verbesserung des Schulabschlusses oder Unterrichtsangebote zur Vorbereitung der gymnasialen Oberstufe. Welcher Weg für sie richtig ist, entscheiden die Schülerinnen und Schüler zusammen mit Eltern und Lehrkräften am Ende von Klasse 9.

Zum Konzept zählt auch, dass Stadtteilschulen, Jugendberufsagenturen und Berufsschulen künftig gemeinsam den Übergang der Schülerinnen und Schüler in die berufliche Bildung vorbereiten und begleiten. Alle drei Einrichtungen stellen durch systematische Beratung, Begleitung und den Abgleich der schulischen Daten sicher, dass jeder Jugendliche die Schule mit einer klaren Perspektive verlässt und auch eine entsprechende Anschlussperspektive findet und wahrnimmt.

Schulsenator Ties Rabe: „Das Konzept greift erprobte Konzepte und Regelungen auf. Beispielsweise haben wir darauf geachtet, die Zahl der Berufspraktika beizubehalten, so dass sich weder der Unterrichtsausfall noch die Zahl der Praktikumsplätze wesentlich ändern. Die bisherigen Unterrichtsstunden im Lernbereich „Arbeit und Beruf“ werden so in das Konzept eingebunden, dass sie in Klasse 10 sowohl zur Vorbereitung auf den Beruf als auch auf die gymnasiale Oberstufe genutzt werden können. Die bewährten Kooperationen von Stadtteilschulen und Berufsschulen können fortgesetzt und erweitert werden. Die Stadtteilschule eröffnet zudem neue Möglichkeiten für mehr Unterrichtsangebote, weil mittlerweile fast jeder Jugendliche bis zum Ende der Klassenstufe 10 die Schule besucht.“

Senator Rabe weiter: „Ich freue mich sehr darüber, dass die Hamburger Wirtschaft diese Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung aktiv unterstützt. Die Jugendlichen so zu begleiten, dass sie die Schule ausbildungsreif verlassen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Eltern, Schule und Wirtschaft. Das kann nur gelingen, wenn wir im Ergebnis für jede Schülerin und jeden Schüler das passende individuelle Ziel finden und den Weg dorthin bahnen.“

**Für Rückfragen der Medien:**

**Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

6. Juni 2013/bsb06

## **Senator Rabe zu Gast beim Planspiel „FidZ – Finanzen der Zukunft – Haushalt macht Schule“**

### **Schüler lernen Haushalte aufzustellen und Haushaltspolitik zu verstehen**

**Am 6. Juni hat Schulsenator Ties Rabe die Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule Stellingen beim Planspiel „FidZ – Finanzen der Zukunft“ besucht und sich ihren haushaltspolitischen Fragen gestellt. Er zeigte sich beeindruckt von der Realitätsnähe des in Kooperation mit dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) veranstalteten Planspiels für Hamburger Schulklassen: „Die Aufstellung des Haushalts ist die wichtigste Aufgabe des Parlamentes - und zugleich die schwierigste. Insbesondere in Zeiten knapper Kassen tut sich jeder Politiker schwer mit der Entscheidung: Wo muss ich Gelder einsparen und wo geht es auf keinen Fall? Die Schülerinnen und Schüler stellen sich ernsthaft und verantwortungsvoll diesen Fragen und beweisen hohe Kompetenz in dieser komplexen Materie.“**

Im Rahmen des Planspiels erfahren die Schüler, vor welchen Problemen Politiker bei der Aufstellung eines Haushaltes stehen. Sie erleben, wie schwierig es ist, sich innerhalb einer Fraktion auf gemeinsame Ziele und Prioritäten zu verständigen und dass der Abstimmungsprozess in einer Koalition eine hohe Kompromissfähigkeit erfordert.

„FidZ lässt die Spieler den parlamentarischen Weg nachvollziehen, den haushaltspolitische Entscheidungen gehen“, erklärte Dörte Nitt-Drießelmann, die Projektleiterin des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts. „Die Schüler erkennen, wie viele Überlegungen, Bewertungen und Gewichtungen der Politiker hinter den nackten Haushaltszahlen stehen. Die Auswirkungen der im Spiel getroffenen haushaltspolitischen Entscheidungen auf die Zukunftsfähigkeit der Hansestadt werden den Schülern mit Hilfe eines eigens für FidZ entwickelten Simulationsmodells aufgezeigt und verdeutlichen den Spielern die Tragweite ihres politischen Handelns, indem sie den langfristigen Einfluss der haushaltspolitischen Entscheidungen auf die Zukunftsfähigkeit Hamburgs sichtbar machen.“

Senator Rabe betonte die Wichtigkeit, ein umfassendes Verständnis für die Haushaltspolitik zu schaffen. „Die Schülerinnen und Schüler lernen hier in den praktischen Aushandlungsprozessen, dass ‚Politik machen‘ immer auch eine Frage von Kompromissen ist, und dass auch unangenehme Entscheidungen getroffen werden müssen. So bekommen sie einen Einblick, wie schwierig die Steuerung eines Gemeinwesens ist und ein tiefgreifendes Verständnis von Politik im Allgemeinen.“

Im Anschluss stellte sich Senator Rabe den haushaltspolitischen Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Weitere Informationen zum Spiel und zum Anmeldeverfahren finden Interessierte unter [www.fidz.org](http://www.fidz.org). Für das neue Schuljahr sind noch mehrere Termine frei, die über <http://li.hamburg.de/fidz> oder [zsw@li-hamburg.de](mailto:zsw@li-hamburg.de) abgefragt und gebucht werden können.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

##### **Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

4. Juni 2013/bgv04

## **Weiter hohe Investitionen für moderne stationäre Versorgung von Patientinnen und Patienten**

### **107 Millionen Euro Investitionen für Hamburger Krankenhäuser**

Die Hamburger Krankenhäuser werden auch weiterhin mit hohen Investitionen gefördert. Für den Ausbau der Gesundheits- und Medizinmetropole Hamburg werden in 2013 über 107 Mio. Euro durch die Stadt zur Verfügung gestellt. Der jetzt vom Senat vorgelegte jährliche Bericht über die Krankenhausinvestitionen in Hamburg gibt einen Überblick über die größeren Investitionsmaßnahmen, die derzeit umgesetzt werden oder noch für 2013 geplant sind.

„Es ist unser Anspruch, dass wir den Patientinnen und Patienten in Hamburg durch unsere Investitionen in die Krankenhäuser die Möglichkeit geben, dass sie sehr gut versorgt werden. Deshalb investieren wir auch in diesem Jahr weiter auf deutschem Spitzenniveau“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „107 Millionen sind sehr viel Geld, aber diese Summe ist gut investiert, um durch moderne Krankenhausstrukturen eine möglichst gute Patientenversorgung in unserer Stadt zu gewährleisten.“

Für 2013 wurden mit dem Krankenhausinvestitionsprogramm zwei Schwerpunkte in der Investitionsförderung gebildet. Zum einen werden im Zuge der Realisierung von Zentren für die Seelische Gesundheit neue psychiatrische Tageskliniken in besonders belasteten Stadtteilen eingerichtet und bei weiteren psychiatrischen und psychosomatischen Tageskliniken die Zahl der teilstationären Behandlungsplätze bedarfsgerecht erhöht. Zum anderen werden OP-Bereiche modernisiert und Betriebsvorrichtungen, wie beispielsweise von Notstromanlagen oder Aufzügen, saniert.

### Die größten aktuellen Investitionsmaßnahmen im Überblick:

Krankenhaus / Maßnahme	Förderung Hamburg
Albertinen-Krankenhaus - Neustrukturierung des Funktionstraktes, der OPs und der Intensivstationen	49,5 Mio. Euro
Ev. Krankenhaus Alsterdorf - Neustrukturierung des Krankenhauses einschl. Ausbau Epilepsie-Zentrum	31,65 Mio. Euro
Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus - Neubau Funktionstrakt	35,76 Mio. Euro
Helios Mariahilf Klinik Hamburg - Neubau des Krankenhauses	20 Mio. Euro
Asklepios Klinik Harburg - Neustrukturierung des Krankenhauses, 1. Bauabschnitt	30 Mio. Euro

Das Krankenhausinvestitionsprogramm 2013 der Freien und Hansestadt Hamburg steht unter [www.hamburg.de/krankenhaus](http://www.hamburg.de/krankenhaus) als Download zur Verfügung.

#### Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

7. Juni 2013/bgv07

## Mehr gefährliche Produkte identifiziert und die Einfuhr gestoppt

### EU-Verbraucherschutzkommission hat Jahresbericht 2012 veröffentlicht

Im Jahr 2012 sind im Vergleich zum Vorjahr mehr Produkte aufgefallen, die vom europäischen Frühwarnsystem Rapex als „ernste Gefahr“ für die Verbraucher eingestuft worden sind. Europaweit wurden laut EU 2278 Produkte als gefährlich gemeldet. Deutschland betreffen davon 167 Meldungen. Vor allem importierte Bekleidung und Textilien genügen häufig nicht den Einfuhrbestimmungen der EU.

„Die gestiegene Zahl von abgefangenen Produkte zeigt, dass unsere Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher funktionieren“, so **Cornelia Prüfer-Storcks, Hamburgs Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz**. „Die Zusammenarbeit von Zoll und Verbraucherschutz hat sich auch 2012 wieder bewährt.“

Während von 2011 bei den Kontrollen 20 Prozent weniger potentiell gesundheitsgefährdende Produkte aufgefallen sind, stieg die Zahl der Meldungen 2012 wieder auf das Niveau von 2010. Dem Jahresbericht 2012 des EU-Verbraucherschutzkommissars Tonio Borg ist weiter zu entnehmen, dass besonders bei Bekleidungs- und Textilprodukten gesundheitsgefährdende Mängel festgestellt wurden. Diese lassen sich hauptsächlich auf die verschärften Standards der EU zurückführen. So wurde beispielsweise 2009 das Biozid DMF verboten, welches häufig bei der Behandlung von Lederbekleidung gegen Schimmelpilzbefall verwendet wird. Bei Kinderbekleidung wurde vermehrt darauf geachtet, dass diese keine Schnüre oder Kordeln haben, mit denen sich Minderjährige verletzen können. Die meisten der beanstandeten Produkte stammen aus China.

#### Für den Hintergrund

Rapex (Rapid Exchange of Informations) ist das europäische Schnellinformationssystem für Produkte, wie z.B. Bekleidung, Motorfahrzeuge oder Spielzeug, von denen eine „ernste Gefahr“ ausgeht. Lebensmittel und medizinische Produkte werden nicht erfasst. Der Rapex-Bericht wird jährlich vom EU-Verbraucherkommissar vorgestellt und steht insgesamt als Download unter [http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/docs/2012\\_rapex\\_report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/docs/2012_rapex_report_de.pdf) zur Verfügung.

#### Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

5. Juni 2013/pr05b

## „Smart Port Energy“ – Hamburgs Hafen wird Schaufenster für erneuerbare Energien

### Energieforum im Rathaus: Stadt und Unternehmen treiben energetische Neuausrichtung des Hamburger Hafens voran

Die Behörden für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie die Hamburg Port Authority (HPA) haben eine Energiekooperation für den Hamburger Hafen gegründet. Gemeinsam soll so der Hafen zu einem Schaufenster für erneuerbare Energien entwickelt werden. Damit ist im Hafen der Weg frei für zukunftsweisende Umwelttechnik und Innovationen, die die Energiewende beschleunigen und zu einer erheblichen CO<sub>2</sub>-Einsparung führen. Um diesen zentralen Komplex ging es im Rahmen des Energieforums, zu dessen zweitem Termin Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz am Mittwoch ins Hamburger Rathaus eingeladen hatte. Die Entwicklung des Hafens auch unter dem Aspekt der Energiepolitik wichtig – Hamburg ist im Jahr 2015 Austragungsort der Welt-Hafen-Konferenz. Das Energieforum wird mit dem Schwerpunktthema Wärme nach der Sommerpause fortgesetzt.

#### Folgende Maßnahmen sind im Hafen unter anderem geplant:

##### **Energieeffizienz und Smart Energy**

Ein Großteil des industriellen Energieverbrauchs der Stadt Hamburg entfällt auf den Hamburger Hafen und die dort ansässige Industrie. Auswertungen der Energieeffizienzmaßnahmen im Förderprogramm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ zeigen, dass bisher mehr als 40 Prozent der Hamburger Energieeinsparungen von den Unternehmen im Hafen erreicht wurden. Das geschieht im Rahmen des Hamburger Förderprogramms „Unternehmen für Ressourcenschutz“: Ziele bis Mai 2015 sind die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen, die Einführung von Energiemanagementsystemen und eine jährliche CO<sub>2</sub>-Vermeidung von 12.000 Tonnen.

##### **Standorte für Windenergie**

Potenzielle Standorte für Windenergie im Hafengebiet sollen geprüft werden. Die Prüfung berücksichtigt auch offene Betreiber- und Genossenschaftsmodelle, die eine Eigennutzung des erzeugten Stroms ermöglichen. Ziel ist es, bis zu sieben zusätzliche Windenergieanlagen bis 2015 im Hamburger Hafen aufzubauen

##### **Kraft-Wärme-Kopplung**

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine Methode der Stromerzeugung bei gleichzeitiger Nutzung der entstehenden Wärme. Ziel bis Mai 2015 ist der Zubau von KWK-Anlagen und die innerbetriebliche

Nutzung bislang ungenutzter Abwärmepotenziale in den Hafenbetrieben - mit einer resultierenden jährlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidung von 50.000 Tonnen.

## **Mobilität**

Die Entwicklung innovativer Mobilitätskonzepte ist ein wichtiger Aspekt der Energiewende. Wirtschafts- und Individualverkehre im Hamburger Hafen bieten großes Potenzial zur Emissionssenkung und sind gleichzeitig ein hervorragendes Testumfeld für neue Ansätze.

Geprüft wird weiter die Umrüstung der Schiffsverkehre im Hafen auf Antriebe mit Wasserstoff und verflüssigtem Erdgas (LNG). Ein Hybridschiff sowie ein Schiff mit Brennstoffzellenantrieb werden im Hafen getestet werden, gleichzeitig wird das neue Messboot der HPA mit der innovativen LNG-Technologie ausgestattet. Ziele bis 2015 sind der Bau eines mit LNG-Technologie ausgestatteten Messbootes der HPA, die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen und der Bau eines LNG-Small-Scale-Terminals. Darüber hinaus sollen eine HPA-eigene e-Mobil-Flotte aufgebaut und die aktuelle Flotte auf umweltfreundliche Antriebe umgestellt werden. Bis 2014 sollen Wasserstoffbusse im Hafengebiet fahren.

## **Biomasse – Potenzialprüfung**

Bis Ende 2013 wird geprüft werden, ob der Betrieb einer hafeneigenen Biogasanlage wirtschaftlich, logistisch und ökologisch sinnvoll ist.

## **Folgende Maßnahmen einzelner Unternehmen wurden bereits umgesetzt:**

**Firma Sasol Wax GmbH:** Hier entsteht ein industrielle Einzel-Blockheizkraftwerk, das durch Kraft-Wärme-Kopplung 58 000 Megawattstunden Strom und 40 000 Megawattstunden Wärme produziert. Gleichzeitig werden dadurch rund 19 000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart.

**H&R Ölwerke Schindler GmbH:** Durch ein Energiemanagementsystem und umfassende Tankisolierungen werden 21 600 Megawattstunden Energie eingespart. Das entspricht einer CO<sub>2</sub> Einsparung von rund 6000 Tonnen pro Jahr.

**Ölmühle ADM Hamburg AG Werk:** Mehrere Maßnahmen zur Energieeinsparung wie ein Saatenvorwärmer, die Erneuerung der Druckluftanlage sowie die Nutzung von Biogas bringen eine Einsparung von Energie in Höhe von 21 000 Megawattstunden.

Insgesamt werden allein durch diese Maßnahmen in den drei genannten Betrieben 32.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Bei einem durchschnittlichen CO<sub>2</sub> Bedarf von 11 Tonne pro Person und Jahr, wird hier der Bedarf von rund 3.000 Hamburger Bürgern bilanziell eingespart –

Jahr für Jahr.

**Senator Frank Horch:** *„Der Hafen soll Hamburgs Schaufenster für Erneuerbare Energien werden. Solche Schaufenster sind unverzichtbar, um neue Technologien praxisnah zu testen und sie zum Ausbau erneuerbarer Energien im großen Maßstab einsetzen zu können. Nur so werden wir langfristig unabhängig von konventionell erzeugtem Strom. Die Entwicklung der Speicherkapazitäten ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema. Gleiches gilt für die Senkung von*

*Energieverbrauch und Emissionen durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und intelligente Infrastrukturen. Im Bereich Verkehr und Logistik wollen wir innovative und umweltfreundliche Mobilität zur effektiven Reduzierung von Emissionen fördern.“*

**Umweltsenatorin Jutta Blankau:** „Uns ist es wichtig, eine Energie-Infrastruktur zu schaffen, die Hamburg als Metropole, Hafen- und Industriestadt auch zukünftig sicher und zuverlässig mit Energie versorgt. Aus Sicht meiner Behörde gibt es im Hafen noch große Potenziale für das Thema Energieeffizienz. Wir können aber auch schon auf viele umgesetzte Projekte zurück schauen, die wir mit der Hamburger Umweltpartnerschaft und unserem Programm Unternehmen für Ressourcenschutz bereits umgesetzt haben. Auf diese Erfahrungen bauen wir, wenn wir gemeinsam mit der Hafenwirtschaft den Hafen zu einem Smart Port gestalten.“

### **Hintergrund: Energiewende in Hamburg**

#### **Erneuerbare Energien, Wärmeversorgung und Energiekooperation im Hamburger Hafen**

Hamburg hat sich zum Ziel gesetzt, im Jahre 2050 80 Prozent seines Energiebedarfs aus klimaneutralen Quellen zu decken. Notwendig dazu ist die Abkehr von fossilen Energiequellen hin zu Erneuerbaren Energien: Hamburg benötigt mehr Energie aus Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme. Die Erschließung umweltfreundlicher Energiequellen hat für die Stadt überragende Bedeutung. Potenzial gibt es insbesondere bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und bei der Wertschöpfung der Erneuerbaren Energien.

**Die Energiewende ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe. An einem Wirtschaftsstandort wie Hamburg ist eine Einbindung der Unternehmen unverzichtbar. Ein Beispiel dafür ist der Hafen.**

Der Hamburger Hafen ist nicht nur der führende deutsche Logistikstandort, sondern auch eine der größten zusammenhängenden Industrieflächen in Deutschland und Nordeuropa. Diese Position birgt großes wirtschaftliches Potenzial und große Verantwortung zugleich. Als großer Energieverbraucher kann das Hafengebiet mit den ansässigen Logistik- und Industrieunternehmen wesentlich zur Energiewende und damit zur Stärkung des Standorts beitragen.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: Sowohl ein Ausbau erneuerbarer Energien in unmittelbarer Nähe zu den Verbrauchszentren als auch eine Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs lassen sich im Hamburger Hafen umsetzen. Deshalb will die Stadt Hamburg die energetische Neuausrichtung des Hafens vorantreiben. **Ökologie und Ökonomie profitieren gleichermaßen von den Möglichkeiten innovativer Umweltechnologie.** Um Anbieter und Nutzer von Energietechnik zusammenzubringen, arbeiten die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie die Hamburg Port Authority (HPA) in der Energiekooperation Hamburger Hafen („Smart Port Energy“) eng zusammen.

Attraktive Beratungs- und Förderangebote in Kooperation mit der UmweltPartnerschaft Hamburg sollen Hafenunternehmen und -industrie überzeugen, sich an der Energiewende in Hamburg zu beteiligen. Gleichzeitig erhalten Hamburger Unternehmen die Möglichkeit, ihre Produkte gut sichtbar einzusetzen und Neuheiten zu testen. Die praktische Anwendung moderner Energie- und Umweltechnologie im Hamburger Hafen dient dem Umweltschutz. Sie stärkt gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Hamburg.

**Rückfragen der Medien:**

Holstein Christoph Holstein

Senatssprecher

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Tel.: 0404283122 44, Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: [Christoph.Holstein@sk.hamburg.de](mailto:Christoph.Holstein@sk.hamburg.de)

**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

[susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de](mailto:susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Kerstin Graupner, Pressestelle

Tel.: 040 / 42840-2051

Mail: [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

6. Juni 2013 /bsu06

## Mehr neue Wohnungen für Hamburg

### Statistisches Landesamt veröffentlicht Baufertigungszahlen 2012

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden im vergangenen Jahr 3.793 Wohnungen gebaut. 2011 waren es 3729. Bei den Wohnungen, die 2012 fertig gestellt wurden, handelt es sich vor allem um Wohnungen, die 2010 oder früher genehmigt wurden. Für 2013 und die kommenden Jahren ist ein deutlicher Anstieg bezugsfertiger Wohnungen zu erwarten.

**Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau:** „Das Wohnungsbauprogramm des jetzigen Senats wird 2013 zu sichtbaren Erfolgen in Form von fertigen Wohnungen führen. Zwei Jahre dauert es mindestens bis aus einer genehmigten eine gebaute Wohnung wird. Die Baufertigstellungen für das Jahr 2012 basieren in erster Linie auf den Genehmigungszahlen von 2010 und früher. Seit 2011 steigen die Genehmigungszahlen kontinuierlich, im vergangenen Jahr wurden mehr als 8.700 neue Wohnungen genehmigt. Gemeinsam mit den Bezirken und mit unseren Partnern im Bündnis fürs Wohnen werden wir die erfolgreiche Wohnungsbaupolitik des Senats fortsetzen.“

#### Wohnungsbaugenehmigungen:

2010	4129
2011	6811
2012	8731

#### Baufertigstellungen

2010	3520
2011	3729
2012	3793

#### Beispiele von Wohnungsbauvorhaben, die 2011 genehmigt wurden und noch nicht fertig gestellt sind:

**Bergedorf:** Walter-Rudolph-Weg südlich; 104 Wohneinheiten (WE); Projektstand heute: Hochbau ist abgeschlossen

Lohbrügger Landstraße/Ladenbeker Furtweg; 42 WE; Projektstand heute: Baubeginn Frühjahr 2013 –

Hintergrund: die Bewohner wurden wegen eines Teilabrisses vorhandener Wohnungen umgesiedelt

Gojenbergsweg; 55 WE; Projektstand: Hochbau fast abgeschlossen

**Hamburg-Mitte:** Katharinenquartier, 125 WE, Fertigstellung voraussichtlich Ende 2013

Großer Burstah, 24 WE, derzeit im Bau, Fertigstellung 2014  
Finkenstraße 19, 22 WE, derzeit im Bau, Fertigstellung voraussichtlich Ende 2013  
Talstraße 45 – 47, 85 WE, derzeit im Bau, Fertigstellung bis Ende 2013  
Alstercampus (erster Bauabschnitt) 109 WE, derzeit im Bau  
Washingtonallee 90, 46 WE, derzeit im Bau, Fertigstellung Mitte 2013  
**Eimsbüttel:** Veilchenweg 22 bis 24: 112 WE im Bau  
Koppelstraße 15; 22 WE im Bau  
Heußweg 60; 10 WE im Bau  
**Altona:** Ottensen; Gaußstraße 196; 202 WE im Bau  
Osdorf; Rugenbarg 33a; 23 WE; im Bau  
Osdorf; Harderweg 12; 63 WE im Bau  
**Hamburg Nord:** Geibelstraße 38-40; 72 WE im Bau  
Geibelstraße 22; 62 WE, im Bau  
Elfriede-L-Wächtler Weg 3; 46 WE; im Bau  
**Wandsbek:** Grevena; 16 WE; Baubeginn: 30. April.2013  
Frahmredder 1; 23 WE; Baubeginn: 6. Juni 2012  
Reembroden; 16 WE; Baubeginn: 14. März 2013  
Kunaustraße 4c; 10 WE; noch kein Baubeginn  
Nüßlerkamp 11-19; 43 WE; noch kein Baubeginn  
Brockdorffstraße 4; 8 WE; noch kein Baubeginn

**Rückfragen der Medien:**

Kerstin Graupner  
Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Tel. 42840-2051  
pressestelle@bsu.hamburg.de

7. Juni 2013 /bis/bsu07a

## Elbe-Hochwasser: Keine Gefahr für Hamburg

### Leicht erhöhte Wasserstände im Hafen erwartet

**Der Hochwasserscheitel der Elbe wird Hamburg nach aktuellen Berechnungen am Anfang der kommenden Woche erreichen. Nach derzeitigem Stand besteht keine Gefahr für die Stadt.**

Die möglichen Auswirkungen des Elbe-Hochwassers für Hamburg wurden in der Behörde für Inneres und Sport von einer Expertengruppe bestehend aus Vertretern der Hamburg Port Authority, der Bezirksämter Bergedorf und Harburg, der Feuerwehr und der Polizei sowie des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer umfassend erörtert und analysiert.

Danach wird das Hochwasser in den Bereichen der HafenCity, der Speicherstadt oder des Hafens nur zu leicht erhöhtem Hoch- und Niedrigwasser um etwa 40 cm führen.

Für den Bereich der Tideelbe zwischen der Staustufe Geesthacht und der Bunthauspitze (Teilung in Norder- und Süderelbe) rechnen die Experten ab Montag mit erhöhten Wasserständen bis zu 6,40 m über Normal Null. Die Vordeichgebiete werden in diesem Bereich überflutet. Der Aufenthalt sollte vorsorglich unterbleiben, auftreibende Gegenstände oder Gefahrstoffe sollten entfernt oder gesichert werden. Diese Bitte richtet sich insbesondere an die Bewohner der Wochenendhaussiedlung Overwerder und die Anlieger im Hafen Oortkaaten.

Die Einstellung der Schifffahrt oberhalb der Elbbrücken ist bereits ab dem Wochenende zu erwarten, dies wird auch für die Fähre Hoopte-Zollenspieker gelten. Gründe hierfür sind die deutlich höhere Fließgeschwindigkeit der Elbe und das vom Strom mitgeführte Treibgut. Baden oder andere Wassersportaktivitäten sollten oberhalb der Elbbrücken unbedingt unterbleiben.

Die Hochwasserschutzanlagen im Bereich der Elbe sind in einem guten Zustand. Die Anlagen schützen das Stadtgebiet vor Sturmfluten mit deutlich höheren Wasserständen. So sind beispielsweise die Deiche zwischen Geesthacht und Zollenspieker für Sturmfluten mit einem Wasserstand von 7,70 m bis 7,80 m über Normal Null ausgelegt. Somit stellen die zu erwartenden Wasserstände keine außergewöhnliche Belastung für diese Anlagen dar. Vorsorglich wurde entschieden, die Deichabschnitte zwischen Geesthacht und Zollenspieker ab Montag regelmäßig zu überwachen, um frühzeitig z.B. durch Treibgut verursachte Schäden erkennen und beheben zu können.

Die Auswirkungen der Flut auf Hamburg sind geringer, weil die Elbe im Tidebereich deutlich breiter und tiefer als oberhalb des Wehrs Geesthacht ist und deshalb sehr viel mehr Abflussraum als im eigentlichen Elbtal bietet.

## **Hochwasserschutz in Hamburg**

Hamburg ist besonders durch Sturmfluten aus der Nordsee im Winterhalbjahr bedroht. Das gleichzeitige Auftreten einer Sturmflut und eines Hochwassers oberhalb von Geesthacht - beides wird bei der Höhenermittlung der Hochwasserschutzanlagen berücksichtigt. Hamburg wird durch eine 103 km lange Hauptdeichlinie geschützt. Darin befinden sich insgesamt 79 Kreuzungsbauwerke (Schleusen, Sperrwerke, Deichsiele, Schöpfwerke und Tore). Die Höhe der Hochwasserschutzanlagen beträgt zwischen NN + 7,50 m und NN + 9,25 m. Die geschützte Fläche umfasst 45 % des Stadtgebietes. Rund 325.000 Einwohner werden vor Hochwasser geschützt. Die geschützten Werte können mit mehr als 10 Mrd. Euro beziffert werden.

Hamburg investiert seit 1993 kontinuierlich in den Ausbau des Hochwasserschutzes. So wurden in den letzten fünf Jahren mehr als 31 Mio. Euro pro Jahr ausgegeben. Die Gesamtbaukosten werden bis 2015 rund 750 Mio. Euro betragen. Im Oktober 2012 haben Senat und Bürgerschaft beschlossen, die bisherigen Bemessungswasserstände beispielsweise am Pegel St. Pauli von NN + 7,30 m um 80 cm auf NN + 8,10 m zu erhöhen. Die Kosten für die weitere Verstärkung des Hochwasserschutzes ab 2016 werden auf rund 550 Mio. Euro geschätzt. Hochwasserschutz ist eine Daueraufgabe in Hamburg.

**Laufend aktuelle Informationen zur Hochwasser-Lage erteilt auch der telefonische Hamburg-Service unter der Rufnummer 115.**

### **Rückfragen der Medien:**

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit**

Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673  
E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de)

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pressestelle**

Volker Dumann, Tel. 040 - 42840-3249  
E-Mail: [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)



Niedersächsisches Ministerium  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Hamburg | Behörde für Wirtschaft,  
Verkehr und Innovation

Der Senator  
für Wirtschaft  
und Häfen



Freie  
Hansestadt  
Bremen

Hamburg, 3. Juni 2013/bwvi03a

## Zweiter Hafentwicklungsdialog Deutsche Bucht am 03.06.2013 in Hamburg

Die drei norddeutschen Länder Hamburg, Bremen und Niedersachsen wollen die bestehende Zusammenarbeit in der Hafenpolitik künftig noch weiter intensivieren. Die Wirtschaftsminister und Senatoren der Länder, die Chefs der Senats- und Staatskanzleien und die Geschäftsführungen der Hafenverwaltungen sind hierzu heute (03. Juni 2013) zum zweiten Hafentwicklungsdialog Deutsche Bucht zusammengekommen. An dem Hafentwicklungsdialog nahmen neben Hamburgs Senator Frank Horch als Ausrichter der Veranstaltung im Hamburger Rathaus auch der Bremische Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Martin Günthner, der Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Olaf Lies und der parlamentarische Staatssekretär des Bundesministerium für Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Enak Ferlemann, teil.

Ziel war es, sich über die zukünftigen Planungen und Entwicklungen der Häfen auszutauschen, über Kooperationsfelder zu sprechen und Absprachen zur weiteren Vertiefung der Hafenkooperation zu treffen. Dabei wurde eine positive Zwischenbilanz zu den bestehenden Kooperationsthemen gezogen.

Beim Thema Marketing konnte ein wichtiger Beschluss gefasst und Einigkeit erzielt werden. In Zukunft soll unter der Dachmarke German Ports ein Print-Magazin veröffentlicht werden, um den Bekanntheitsgrad und die Markenakzeptanz von German Ports auszubauen. Die Dachmarke soll zudem erweitert werden und neben den Häfen in Bremen, Hamburg und Niedersachsen auch die Häfen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern umfassen. German Ports wird damit weiter mit Leben gefüllt. Wie auch schon in den letzten Jahren werden sich die deutschen Häfen dieser Länder auf ausgewählten Messen unter dem Label gemeinsam präsentieren und vermarkten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung war das Zukunftsthema Offshore Windenergie. Die Teilnehmer diskutierten dazu mit dem Geschäftsführer der Stiftung Offshore, Andreas Wagner. Den norddeutschen Ländern und insbesondere den Häfen wird eine Schlüsselrolle beim Gelingen der Energiewende zukommen. Dazu sind jedoch erhebliche Investitionen in die Infrastruktur wie Netze und Häfen notwendig.

Senator Martin Günthner: „Offshore-Windenergie bleibt ein zentraler Baustein für die Energiewende. Und die Offshore-Industrie ist ein Katalysator des Strukturwandels im Norden. Statt Krisengerede erwarten wir von der Bundesregierung Verlässlichkeit und klare Signale, dass es mit dem Ausbau planmäßig weitergeht.“

Der Meinung ist auch der niedersächsische Wirtschaftsminister Lies: „Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen und wir werden im Norden dazu einen entscheidenden Beitrag leisten können. Wir sind nicht nur das Tor zur Welt, sondern auch das Tor zu Energie“, so Lies mit Blick auf die Perspektiven der Offshoreindustrie. „Wir fordern den Bund auf endlich die notwendigen Rahmenbedingungen für den Ausbau zu schaffen. Die große Chance für Deutschland und insbesondere für die Küste darf nicht zum politischen Spielball werden.“

Lies weiter: „Derzeit sind mindestens 5000 Arbeitsplätze an der Küste akut bedroht und die gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen werden möglicherweise die Region verlassen – und uns dann fehlen, wenn der Bau der Offshore-Windparks endlich in Gang kommen soll.“

Den Ländern bereitet nach wie vor der Ausbau der Seehafenhinterlandanbindungen Sorgen da Deutschland wie kein zweites Land in Europa auf den Außenhandel und damit auf Transport und Logistik setzt. Im Rahmen der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans sprachen sich die Senatoren und Minister daher für die Einführung eines Kriteriums des Seehafenbezugs aus. Es sei dringend erforderlich, alle Verkehrsträger in Deutschland zu fördern, um die Güterströme der Zukunft bewältigen zu können. Die Minister betonten, dass die Hafenhinterlandanbindungen in diesem Zusammenhang einen ganz besonderen Stellenwert bekämen. Für die Realisierung der wichtigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen ist der Bund gefordert.

Senator Horch: „Wir müssen endlich realisieren, dass die Häfen die Säulen unserer deutschen Volkswirtschaft sind und daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Es muss auch von nationalem Interesse sein, die Küstenländer bei Investitionen der Hafeninfrastruktur zu unterstützen und eine Verbesserung der Hafenhinterlandanbindungen zu ermöglichen. Ansonsten büßt Deutschland Konkurrenzfähigkeit ein.“

Der Hafenentwicklungsdialo g findet jährlich statt und leistet einen kontinuierlichen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Häfen in der Deutschen Bucht. In diesem Zusammenhang freute sich Senator Horch noch über einen weiteren Beschluss: „Ich begrüße es sehr, dass wir heute vereinbart haben, zu den nächsten Hafenentwicklungsdialogen auch Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern einzuladen. Wir sind uns einig, dass wir an der Küste mit einer Stimme sprechen müssen.“

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,

Susanne Meinecke,

Telefon: 040 42831 2239,

E-Mail: [susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de](mailto:susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de)

## **Hamburg Port Authority und Port of Los Angeles führen erfolgreiche Zusammenarbeit fort**

**hpa06**

**Hamburg, 06. Juni 2013** – Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hamburg Port Authority (HPA), und Geraldine Knatz, Executive Director Port of Los Angeles, haben am 5. Juni 2013 am Rande der „transport logistic“ in München ein Memorandum of Understanding über die weitere Zusammenarbeit unterzeichnet.

Der Hamburger Hafen und der Port of Los Angeles haben bereits in der Vergangenheit erfolgreich kooperiert und Erfahrungen ausgetauscht. In der neu unterzeichneten Vereinbarung erklären die Vertreter zweier führenden Seehäfen, ihre Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren fortzusetzen.

Ziel der neu unterzeichneten Vereinbarung ist vor allem der gegenseitige Austausch zu den Themen Hafeninfrastuktur, Hafenbetrieb, Umweltfragen, Wirtschaft und Handel sowie Sicherheit.

Neben den beiden Häfen sollen auch die internationale maritime Warenbewegungsindustrie sowie das globale Umfeld beider Häfen von der Kooperation davon profitieren, Strategien zu Hafeninfrastuktur, Hafenbetrieb, Umweltmaßnahmen und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln.

„Ich freue mich, mit dem Port of Los Angeles einen Partner zu haben, mit dem wir Erfahrungen teilen und Themen auf Augenhöhe diskutieren können. Es ist immer von Vorteil, über den Tellerrand zu blicken und von gegenseitigem Austausch zu profitieren“, sagt Jens Meier, Geschäftsführer der HPA.

„Wir blicken bereits auf eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Hamburg Port Authority zurück. Ich bin daher sehr zuversichtlich, diese Partnerschaft auch in den nächsten Jahren weiterzuführen“, sagt Geraldine Knatz, Executive Director Port of Los Angeles

### **Hamburg Port Authority**

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafengewirtschaftlichen Dienstleistungen. [www.hamburg-port-authority.de](http://www.hamburg-port-authority.de)

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | [pressestelle@hpa.hamburg.de](mailto:pressestelle@hpa.hamburg.de)

## Landesamt für Verfassungsschutz

06.06.2013/Ifv06

### **Verfassungsschutz: Transparenz und Entschlossenheit in der Arbeit für die Sicherheit**

**Innensenator Michael Neumann: „Hamburg ist auf dem richtigen Kurs“**

**Hamburgs Innensenator Michael Neumann und der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Manfred Murck, haben am Donnerstag (6. Juni) den aktuellen Verfassungsschutzbericht 2012 vorgestellt.**

**Innensenator Michael Neumann:** „Die Beobachtung des islamistischen Terrorismus sowie links- und rechtsextremistischer Gruppierungen war auch im Jahr 2012 Schwerpunkt der Arbeit unseres Verfassungsschutzes. Hinzu kam der hohe, aber notwendige Aufwand bei der Bearbeitung der Anliegen verschiedener Ausschüsse, Gremien und Kommissionen im Zusammenhang mit der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Zudem engagierten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum NPD-Verbotsverfahren sowie in den verschiedenen Gremien zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes und Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden. Für diese Arbeit für die Sicherheit der Menschen gebührt den Bediensteten ein großes Lob – insbesondere vor dem Hintergrund auch ungerechter Bewertungen, die man im vergangenen Jahr lesen oder hören musste.“

#### **Neuausrichtung des Verfassungsschutzes**

Im Jahr 2012 waren die Ermittlungen zu der im November 2011 bekannt gewordenen, rechtsextremistisch motivierten Mordserie des NSU ein Schwerpunkt der Arbeit der Sicherheitsbehörden. Mitte November 2012 legte der Generalbundesanwalt die Anklageschrift gegen Beate Zschäpe und weitere Beschuldigte vor. Mehrere Expertengremien und Untersuchungskommissionen befassten sich mit den Fragen, warum die Verbrechen des NSU nicht verhindert wurden und wie die Arbeit der Sicherheitsbehörden künftig verbessert werden kann. Auch der Verfassungsschutz befasste sich mit einer Neuausrichtung seiner Arbeit und der Verbesserung der Kooperation mit anderen Sicherheitsbehörden. Den Auftrag hierzu hatten die Innenminister und -senatoren dem für den Verfassungsschutz zuständigen „Arbeitskreis IV“ der Innenministerkonferenz erteilt, dessen Vorsitz seit Anfang 2013 Hamburg innehat.

#### **Rechtsextremismus**

Rechtsextremisten organisierten in Hamburg am 2. Juni 2012 den fremdenfeindlich und rassistisch motivierten „Tag der deutschen Zukunft“. Es war ein ermutigendes Signal, dass an der von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragenen Gegendemonstration auf dem Rathausmarkt mehr als 10.000 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat zudem im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Verbrechen des NSU eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen gegen die rechte Szene ergriffen, darunter waffenrechtliche Überprüfungen, den Check offener Haftbefehle, weitere nachträgliche Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Mord an Süleyman Tasköprü in Hamburg 2001 sowie die vielfältige Mitwirkung bei laufenden Ermittlungsverfahren. Ebenso beteiligte sich der Hamburger Verfassungsschutz aktiv in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Prüfung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens.

Die gerichtlichen Auseinandersetzungen um eine Fusion von DVU und NPD wurden 2012 beendet, die DVU existiert nicht mehr. Die im Mai 2012 in Hamburg neu gegründete Partei „Die Rechte“ entwickelte sich insbesondere in Nordrhein-Westfalen zum Sammelbecken von Neonazis, die nach mehreren Vereinsverboten bei ihr Anschluss suchten.

Die Gesamtzahl der Personen in Hamburg, die rechtsextremistischen Organisationen und Gruppen angehören, ist 2012 vor allem infolge der Auflösung der DVU von 450 im Jahr 2011 auf 330 zurückgegangen. Ein besonderes Merkmal der rechtsextremistischen Szene in Hamburg ist die starke neonazistische Prägung der NPD. Nach wie vor haben etwa 40 von 130 Mitgliedern der Hamburger NPD einen neonazistischen Vorlauf. So war es auch vor allem der „Kameradenkreis Neonazis in Hamburg“, der in enger Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Hamburger NPD den „Tag der deutschen Zukunft“ organisierte. Auch die Neonazi-Gruppierung „Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew Sektion Hamburg“ beteiligte sich im Vorfeld dieser Demonstration an Propaganda-Aktionen.

Der Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten von 298 im Jahr 2011 auf 396 (die Gewalttaten stiegen von 21 auf 38) ist unter anderem auf die rechtsextreme Großdemonstration am 2. Juni 2012 zurückzuführen, bei der es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten kam. Etwa zwei Drittel der rechtsextremistischen Straftaten waren Propagandadelikte, zum Beispiel das Zeigen des „Hitler-Grußes“ oder das Skandieren der Parole „Sieg Heil“.

## **Islamismus**

Die Aktivitäten von Islamisten in Mali oder Syrien und, damit verbunden, die Reisebewegungen gewaltorientierter Extremisten belegen die nach wie vor anhaltende Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus, auch durch radikalisierte Einzeltäter. Salafistische Gruppierungen setzten ihre Aktivitäten, zum Beispiel die Verteilung von Koran-Exemplaren in zahlreichen deutschen Städten fort, darunter auch in Hamburg. Fast alle islamistischen Terroristen waren und sind salafistisch geprägt. Von den 2.245 Islamisten in Hamburg sind 200 Salafisten; hiervon sind, wie 2011, etwa 40 Jihadisten, das heißt Befürworter des weltweiten bewaffneten „Heiligen Kriegs“. Ein wichtiger Anlaufpunkt der Szene war 2012 unter anderem die Taqwa-Moschee. Dank der Ermittlungsarbeit des Verfassungsschutzes konnte gemeinsam mit anderen Hamburger Behörden ein neuer salafistischer Treffpunkt in Wilhelmsburg verhindert werden. Eine wachsende Bedeutung bei der Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat das Internet. Die Zahl der jihadistischen Beiträge nimmt zu, deren Verbreitung wird durch soziale Netzwerke begünstigt.

## **Linksextremismus**

Wie 2011 stufte der Verfassungsschutz im Jahr 2012 in Hamburg 1.120 Personen als Linksextremisten ein, darunter 620 als gewaltorientiert. Auf ihr Konto gingen zahlreiche Straftaten, zum Beispiel Brandstiftungen und Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit Themen wie

Stadtentwicklung („Anti-Gentrifizierung“) und innerer Sicherheit („Anti-Repression“), aber auch Antifaschismus. Bei Demonstrationen anlässlich des 1. Mai 2012 oder der rechtsextrem motivierten Veranstaltung in Hamburg am 2. Juni 2012 gab es gewalttätige Ausschreitungen. Hier liegen die Hauptursachen für den Anstieg der linksextremistischen Straftaten von 81 im Jahr 2011 auf 138 sowie der Gewaltdelikte von 48 auf 64. Dabei wurden immer wieder auch Polizisten Opfer linksextremer Straftäter.

### **Scientology-Organisation und Scientology-Beratung des Landesamtes**

Die Scientology-Organisation, die in Hamburg mit einer Niederlassung („Org“) vertreten ist, wird seit 1997 von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Seit September 2010 ist das Landesamt für Verfassungsschutz zudem für die Beratung im Bereich Scientology verantwortlich. Die Bürgerinnen und Bürger haben auch im Jahr 2012 von diesem Angebot rege Gebrauch gemacht. So gab es von Januar bis Dezember 2012 550 Anfragen (Informationsgespräche, Beratungen). Im Vorjahreszeitraum waren es 558, und von September bis Dezember 2010 203 Anfragen.

### **Wirtschaftsschutz, Wirtschaftsspionage**

Zu den Aufgaben des Landesamtes gehört es auch, Hamburger Unternehmen für Gefahren durch Wirtschaftsspionage zu sensibilisieren und bei der Abwehr zu unterstützen. Zum umfangreichen Beratungs- und Informationsangebot zählten im Jahr 2012 Firmenbesuche, Informations- und Vortragsveranstaltungen wie der Wirtschaftsschutztag 2012, aktuelle Lageeinschätzungen und konkrete Verhaltensempfehlungen. Insbesondere der Schutz vor Ausspähung durch ausländische Nachrichtendienste, ein sicherheitsbewusstes Verhalten vor und auf Geschäftsreisen, elektronische Angriffe und der Know-how-Schutz waren Gegenstand häufiger Nachfragen.

**Innensenator Michael Neumann:** „Unser Landesamt für Verfassungsschutz wird auch künftig einen Kurs größtmöglicher Transparenz und Offenheit fahren, für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit ansprechbar sein und mit anderen Behörden, Einrichtungen und Organisationen eng zusammenarbeiten. Wichtige Beispiele sind in diesem Zusammenhang die oft nachgefragte Scientology-Beratung, der Wirtschaftsschutz und die Mitarbeit des Landesamtes im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig zu Vorträgen und Diskussionen zu den verschiedenen Extremismus-Feldern eingeladen werden, spricht für das Vertrauen, dass der Verfassungsschutz in Hamburg genießt. Im Rahmen der Neuausrichtung werden die Verfassungsschutzämter in Deutschland insgesamt transparenter werden und mehr Bürgernähe beweisen; deshalb ist der Kurs des Hamburger Landesamtes genau richtig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind *die* fachlichen Experten für Fragen des politischen Extremismus – und davon können und sollen auch in Zukunft möglichst viele weitere Organisationen, Einrichtungen, Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure Gebrauch machen.“

Der **aktuelle Verfassungsschutzbericht** ist unter [www.hamburg.de/verfassungsschutz](http://www.hamburg.de/verfassungsschutz) abrufbar.

### **Rückfragen der Medien:**

#### **Behörde für Inneres und Sport, Pressestelle**

Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

#### **Landesamt für Verfassungsschutz**

Marco Haase, Tel. 040 - 42839-2007 od. -2521

E-Mail: [info@verfassungsschutz.hamburg.de](mailto:info@verfassungsschutz.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/verfassungsschutz](http://www.hamburg.de/verfassungsschutz)

6. Juni 2013/jb06

## **Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek fordert nach Karlsruher Entscheidung zum Ehegattensplitting Öffnung der Ehe**

**Zur heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften erklärt die Hamburger Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek:**

„Der Gesetzentwurf des Bundesrates zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare liegt auf dem Tisch. Jetzt ist es an der Regierungskoalition im Bundestag, über ihren Schatten zu springen und die Lebens- und Verfassungswirklichkeit des Jahres 2013 anzuerkennen. Schwule und Lesben haben lange genug gewartet. Mit der Öffnung der Ehe erreichen wir die überfällige vollständige rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare und beseitigen so alle Benachteiligungen auf einen Schlag“, sagte Justizsenatorin Jana Schiedek.

Zum Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht hat heute entschieden, dass eingetragene Lebenspartner auch vom Ehegattensplitting profitieren können. Die Ungleichbehandlung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnern ist verfassungswidrig. Die Entscheidung setzt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der letzten Jahre fort. In der Vergangenheit hatte das Gericht bereits die Ungleichbehandlungen bei der betrieblichen Altersversorgung, der Erbschaftssteuer, dem beamtenrechtlichen Familienzuschlag, der Grunderwerbssteuer oder zuletzt bei der sogenannten Zweit- oder Sukzessivadoption eines Kindes beanstandet.

Am 22. März 2013 hat der Bundesrat auf Initiative von Hamburg und Rheinland-Pfalz eine Gesetzesinitiative zur Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts beschlossen (BR-Drs. 196/13 (Beschluss)). Durch die Gesetzesinitiative soll § 1353 BGB geändert werden. Eine Ehe soll zukünftig von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts eingegangen werden können. Die Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften bleiben von dieser gesetzlichen Neuregelung unberührt. Der Gesetzentwurf liegt dem Deutschen Bundestag zur Beratung vor.

Rückfragen:

Dr. Thomas Baehr

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

03.06.2013/kb03

## Hamburg sucht innovative Geschäftsmodelle aus der Hamburger Musikwirtschaft

### Wettbewerb MUSIC WORKS wird zum dritten Mal durchgeführt

**Die Musikwirtschaft wird seit Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Digitalisierung und technische Neuerungen haben zu erheblichen Umbrüchen geführt. Aus den veränderten Marktbedingungen resultieren nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Um die Branche zu unterstützen, diese Chancen zu nutzen, wurde 2011 der Wettbewerb Music Works ins Leben gerufen.**

Mit Music Works fördert Hamburg die Umsetzung innovativer Geschäftsmodelle aus allen Bereichen der Hamburger Musikwirtschaft: Neben den zu gewinnenden Preisgeldern von insgesamt 50.000 Euro wird den Wettbewerbsteilnehmern begleitende Unterstützung in Form von Beratungsleistungen, Vernetzungsmöglichkeiten sowie der Schaffung von Öffentlichkeit angeboten. Die Preisträger können sich außerdem bei der Umsetzung ihres Geschäftsmodells bedarfsgerecht unterstützen lassen.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Kaum eine Branche verändert sich so schnell, wie die Musikwirtschaft. Um innovative Geschäftsmodelle zu fördern und die Branche in Hamburg zu stärken führen wir nun zum dritten Mal den Wettbewerb Music Works durch. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Branche am besten voneinander und miteinander lernen kann. Hierzu leistet Music Works einen wichtigen Beitrag.“

**Egbert Rühl,** Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft: „Music Works ist auf zwei Ebenen zukunftsweisend: Weil die Musikwirtschaft sich schon seit mehr als 15 Jahren mit den Folgen der Digitalisierung befasst hat und damit beispielhaft für andere Branchen ist und natürlich weil hier neue Geschäftsmodelle gefördert werden. Die vergangenen Wettbewerbe haben gezeigt, dass dies sehr gut funktioniert.“

Teilnehmen können alle Akteure der Hamburger Musikbranche, die ein innovatives Geschäftsmodell verfolgen und in Hamburg ansässig sind. Bewerben kann man sich ab sofort, Einsendeschluss ist der 31. Juli 2013.

Allen Bewerbern steht die Möglichkeit offen, sich im Bewerbungsverfahren qualifizierend beraten zu lassen.

Am 18.6. ab 17:30 Uhr findet für Interessierte eine Informationsveranstaltung zum Wettbewerb und dem Bewerbungsverfahren in den Räumen der Kreativ Gesellschaft statt. Anmelden kann man sich

unter Tel.: 040/87 97 986-10 oder per E-Mail an [jenny.kornmacher@kreativgesellschaft.org](mailto:jenny.kornmacher@kreativgesellschaft.org). Der genaue Ort der Veranstaltung wird den angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig bekannt gegeben.

Der Wettbewerb Music Works wurde von der Hamburger Kulturbehörde initiiert und wird in Zusammenarbeit mit der Hamburg Kreativ Gesellschaft durchgeführt. Über die Vergabe der Preise entscheidet eine Fachjury, die mit Vertretern aus Institutionen und Verbänden des Musiklebens besetzt ist.

Ausführliche Informationen und Bewerbungsunterlagen zum Wettbewerb "Music Works" unter [www.kreativgesellschaft.org/musicworks](http://www.kreativgesellschaft.org/musicworks)

**Rückfragen der Medien:**

Enno Isermann  
Pressestelle der Kulturbehörde  
Tel.: 040 / 428 24 – 207  
E-Mail: [Enno.Isermann@kb.hamburg.de](mailto:Enno.Isermann@kb.hamburg.de)

Jenny Kornmacher  
Hamburg Kreativ Gesellschaft  
Tel.: (040) 879 7986 10  
E-Mail: [Jenny.Kornmacher@kreativgesellschaft.org](mailto:Jenny.Kornmacher@kreativgesellschaft.org)

4. Juni 2013/kb04

## Hamburg und der Bund bringen Sanierung von St. Nikolai auf den Weg

### Senat beschließt Unterrichtung an die Bürgerschaft zur Sanierung des Mahnmals St. Nikolai

Der Senat hat auf seiner heutigen (4. Juni 2013) Sitzung einen Bericht an die Bürgerschaft zur Sanierung des Mahnmals St. Nikolai beschlossen. Nachdem im August 2011 ein Sandstein von der Südseite des Turmes auf einen benachbarten Gehweg gefallen war, wurde ein akuter Sanierungsbedarf deutlich. Nachdem jetzt eine detaillierte Kostenschätzung für die Sanierung vorliegt, kann nun die Finanzierung geklärt und die Sanierung des Mahnmals auf den Weg gebracht werden.

Das aktuelle Schadensgutachten hat erhebliche Mauerwerks- und Verankerungsschäden festgestellt und für die Sanierung Kosten in Höhe von 15 Millionen Euro ermittelt, von denen rund eine Million Euro bereits für Sofortmaßnahmen ausgegeben wurde. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, hat zugesagt, aus zusätzlich durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundetages für St. Nikolai bereitgestellten Denkmalschutzmitteln bis zu sieben Millionen Euro zur Sanierung beizutragen. Hierfür hat sich auch der Hamburger Bundestagsabgeordnete Rüdiger Kruse im Haushaltsausschuss eingesetzt. Der Senat bittet die Bürgerschaft, aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 weitere sieben Millionen Euro für die Sanierung zur Verfügung zu stellen.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Gemeinsam mit dem Bund ist es uns gelungen, die Sanierung des Mahnmals St. Nikolai auf den Weg zu bringen. St. Nikolai ist ein national wertvolles Denkmal und einer der zentralen Erinnerungsorte in Hamburg für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft der Jahre 1933-1945. Mit der grundlegenden Sanierung kann dieser zentrale Ort der Erinnerung dauerhaft erhalten bleiben.“

Die Kirche St. Nikolai wurde 1846 bis 1874 nach dem preisgekrönten Entwurf des Architekten Gilbert Scott im neugotischen Stil erbaut und ist seit 1923 in der Denkmalliste der Stadt Hamburg aufgeführt. Nach Kriegszerstörungen wurde sie als Ruine erhalten, um als Gedenkstätte an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft des Dritten Reiches zu erinnern. In den 1960er Jahren wurde sie nach Plänen von Gerhart Laage gestaltet und wird bis heute als Mahnmahl erhalten.

In diesem Jahr werden die Fassade und der Turm vollständig eingerüstet und die erforderlichen Sanierungen zum Erhalt der Bausubstanz ausgeschrieben. Die denkmalpflegerischen Arbeiten werden voraussichtlich vier Jahre in Anspruch nehmen. Im alten Teil des Dokumentationszentrums werden bereits jetzt erste Sanierungsarbeiten im Rahmen des Umbaus des Dokumentationszentrums stattfinden.

#### Rückfragen der Medien:

Enno Isermann, Pressestelle der Kulturbehörde  
Tel.: 040 / 428 24 – 207, E-Mail: [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

7.6.2013/kb07

## Senatsempfang zum 40jährigen Jubiläum des Hamburg Balletts

### Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler würdigt das bisherige Lebenswerk von John Neumeier

**Mit einem Senatsempfang würdigte Hamburg heute den Ballettintendanten John Neumeier. Der Ehrenbürger feiert im Juni sein 40-jähriges Jubiläum als Intendant und Chefchoreograph des Hamburg Balletts. An diesem Wochenende beginnen außerdem die 39. Hamburger Ballett-Tage, die traditionell als krönendes Finale die Spielzeit des Hamburg Balletts abschließen.**

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „John Neumeier hat mit dem Hamburg Ballett diese Stadt und die Wahrnehmung Hamburgs in der Welt positiv verändert. Er hat Hamburg mit seiner Arbeit, die zugleich auch seine Leidenschaft ist, zu einer tanzbegeisterten Stadt gemacht und ist mit seiner Compagnie gleichzeitig einer der wichtigsten Botschafter der Hansestadt in der Welt. Ich gratuliere ihm herzlich im Namen des Senats und bedanke mich für die großartige Arbeit in den letzten vier Jahrzehnten. Uns liegt sehr daran, mit ihm die Erfolgsgeschichte des Hamburg Balletts fortzuschreiben.“

John Neumeier übernahm 1973 die Leitung des Hamburg Balletts und ist damit dienstältester Ballettdirektor der Welt. Er ist Träger zahlreicher Ehrungen und Auszeichnungen, unter anderem ist er seit 2007 Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg. Jüngst wurde ihm für sein Lebenswerk der renommierte „Prix Benois de la Danse“ zugesprochen, der jährlich im Moskauer Bolschoi-Theater verliehen wird. Im Repertoire des Hamburg Ballett befinden sich rund 120 Ballettstücke von John Neumeier, zusammen mit seiner Compagnie war er in 30 Ländern auf vier Kontinenten zu Gast.

Zahlreiche aktuelle und ehemalige Wegbegleiter John Neumeiers folgten der Einladung des Senats zum heutigen Empfang im Rathaus.

#### Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

056/03.06.2013/bez03

## Entwicklung Hoheluftchaussee Es tut sich etwas!

Um insbesondere für den südlichen Teil der Hoheluftchaussee mögliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, wurde Anfang des Jahres 2001 ein gemeinsames Gutachten der Bezirke Eimsbüttel und Hamburg-Nord erstellt.

Als ein Ergebnis hieraus entstand vor knapp zwei Jahren der Bebauungsplan Hoheluft-West 13, vor dessen Hintergrund sich nun auf der Eimsbütteler Seite der Hoheluftchaussee erste bauliche Entwicklungen ankündigen:

- Am Kaiser-Friedrich-Ufer entsteht zurzeit ein Neubau mit insgesamt 70 Wohneinheiten und einer Ladennutzung im Erdgeschoss.
- Im Bereich zwischen Bismarckstraße und Eppendorfer Weg entwickeln sich, teilweise über mehrere Grundstücke hinweg, drei Vorhaben, die in der Vorabstimmung oder bereits im Genehmigungsverfahren sind. Insgesamt sollen in den sechsgeschossigen Gebäuden ca. 60 bis 65 neue Wohnungen und zusätzlich im Erdgeschoss sowie im ersten Obergeschoss Laden- und Büro/ Praxenflächen entstehen.  
Da die geplanten Neubauten im Vergleich zur jetzigen Bebauung um ca. 6 m weiter zurückgesetzt sind, werden auch die Fußgänger und Radfahrer von diesen Projekten durch eine großzügigere Gestaltung der Bereiche vor den Ladenzonen profitieren.
- Weiterhin ist in Höhe der „Factory“, zwischen Eppendorfer Weg und Gärtnerstraße, der Neubau eines Wohn- und Geschäftsgebäudes mit 18 Wohnungen geplant.
- Am nördlichen Ende der Hoheluftchaussee, vor der Troplowitzstraße, sollen ein Wohn- und Geschäftsgebäude mit Boardinghaus und Gewerbeeinheiten für Freiberufler entstehen.

Bezirksamtsleiter Dr. Torsten Sevecke: **„Insgesamt erwarte ich über diese Vorhaben wesentliche und nachhaltig wirkende Impulse für die Stabilisierung und Attraktivitätssteigerung des Bezirkszentrums an der Hoheluftchaussee.“**

Mittels dieser Vorhaben soll ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einzelhandel und Wohnungsneubau geschaffen werden. Das führt im Ergebnis sowohl stadträumlich als auch in der Bedeutung als Einzelhandelsstandort zu einer positiven Entwicklung.

Ein Sachstand und Ausblick zur aktuellen Entwicklung der Hoheluftchaussee wird in der Sitzung des Kerngebietsausschusses der Bezirksversammlung am 03.06.2013 durch Vertreter des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung gegeben werden.

Rückfragen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bezirksamt Eimsbüttel

Grindelberg 66

20144 Hamburg

Tel.: 040-42801-2053

Fax: 040-42801-3699

E-Mail: [pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de](mailto:pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de)

057/05.06.2013/bez05

## **Eimsbüttel hat wieder eine eigenständige Produktionsschule**

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat in einem mehrstufigen Auswahl- und Entscheidungsverfahren im Rahmen einer beschränkten Interessenbekundung die Alraune gGmbH als Träger für die Einrichtung und den Betrieb einer Produktionsschule im Bezirk Eimsbüttel ausgewählt. Das Bezirksamt Eimsbüttel hat dieser Auswahl zugestimmt.

Die Alraune gGmbH hatte bereits in den letzten Jahren in Kooperation mit der Produktionsschule Altona eine Produktionsschul-Zweigstelle in Eimsbüttel erfolgreich betrieben.

Diese Zweigstelle wird nun im Umfeld der Lenzsiedlung zu einer eigenständigen Produktionsschule Eimsbüttel ausgebaut. Über die U-Bahn-Anbindung Lutterothstraße ist eine gute Erreichbarkeit für Schülerinnen und Schüler aus allen Stadtteilen des Bezirks gegeben.

Der Betrieb wird voraussichtlich am 1. August 2013 aufgenommen werden.

Rückfragen  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Bezirksamt Eimsbüttel  
Grindelberg 66  
20144 Hamburg  
Tel.: 040-42801-2053  
Fax: 040-42801-3699  
E-Mail: [pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de](mailto:pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de)

05.06.2013/bez05a

## **Kinderferienprogramm Sommer 2013 des Bezirkes Eimsbüttel**

Neben dem kürzlich erschienenen Hamburger Ferienpass gibt es auch in diesem Jahr im Bezirksamtbereich Eimsbüttel ein Kinderferienprogramm für Kinder und Jugendliche, die die bevorstehenden Sommerferien in Hamburg verbringen.

Das Programm richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen – vom Vorschulalter bis zur Volljährigkeit. Es beteiligen sich zahlreiche Einrichtungen mit einem bunten Programm verschiedenster Veranstaltungen und Ausflüge.

Das umfangreiche Programm steht unter:

<http://www.hamburg.de/contentblob/3999238/data/2013-06-07-eimsbuettel-kinderferienprogramm-sommer2013.pdf> als Download zur Verfügung. Hierin sind alle teilnehmenden Einrichtungen mit ihrem Programmangebot aufgeführt.

Für weitere Auskünfte zum Kinderferienprogramm stehen Frau Bogner, Tel. 42801-2614, oder Frau Barisch, Tel. 42801-2418, im Bezirksamt Eimsbüttel zur Verfügung. Zu Auskünften über die einzelnen Angebote wird gebeten, sich an die im Programmheft genannten Veranstalter zu wenden.

Rückfragen  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Bezirksamt Eimsbüttel  
Grindelberg 66  
20144 Hamburg  
Tel.: 040-42801-2053  
Fax: 040-42801-3699  
E-Mail: [pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de](mailto:pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 10. Juni bis 16. Juni 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 10.06.2013

- 09:00** Hotel Empire River Side, Bernhard-Nocht-Str. 97  
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Jahresveranstaltung der Logistik-Initiative Hamburg zum Thema „Innovation und Logistik“** ein Grußwort.
- 09:00** Mainz, ZDF Konferenzzentrum, ZDF-Straße  
Staatsrat Michael Sachs hält einen **Vortrag zum Thema „Damit Wohnen bezahlbar bleibt: Umdenken und Handeln“** anlässlich des 13. Bauforums Rheinland-Pfalz.
- 09:45** Hotel Le Royal Méridien, An der Alster 52  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **20. Handelsblatt Jahrestagung „Immobilienwirtschaft 2013“** ein Grußwort.
- 12:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich des **Senatsempfangs für 17 junge Diplomaten aus arabischen Ländern**, die im Rahmen eines internationalen Diplomatenlehrganges des Auswärtigen Amtes Hamburg besuchen, ein Grußwort.
- 15:00** Mosaikhalle der Siemens AG, Rohrdamm 85, 13629 Berlin  
Senator Ties Rabe spricht anlässlich des **„1. Nationalen MINT-Gipfels“** ein Grußwort und nimmt an der Podiumsdiskussion teil.
- 16:00** Landesinstitut, Aula Weidenstieg  
Staatsrat Dr. Michael Voges führt die **Verleihung des Siegels „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“** durch und spricht ein Grußwort.
- 19:00** Fliegende Bauten, Glacischaussee 4  
Senator Frank Horch hält anlässlich der **Veranstaltung „Familienunternehmen 2013“** eine Laudatio.
- 19:00** Kampnagel K6, Jarrestraße 20  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Stadtwerkstatt zum Thema Energiewende zur Energiepolitik des Senats.**  
  
Senatorin Jutta Blankau und Staatsrat Holger Lange nehmen teil.
- 19:00** Ruderclub Allemania von 1866 e.V., An der Alster 47a  
Senator Michael Neumann nimmt an der **Siegerfeier anlässlich des Hanse Boat Race** teil.
- 19:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich eines **Senatsempfangs für die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte** ein Grußwort.
- 20:00** Thalia Theater, Gaußstraße 190

Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich von  
**„AufgeTUSCHt“, einer Zwischenpräsentation von TUSCH, der Kooperation von Theatern und Schulen.**

**Dienstag, den 11.06.2013**

- 11:00** Handelskammer, Adolfsplatz 1  
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht anlässlich der **Gründung „Initiative pro Metropolregion Hamburg“** und nimmt anschließend an der Podiumsdiskussion teil.
- 12:00** Victor´s Residenz Hotel, Schloß Berg, Schloßstr. 27 – 29, 66706 Perl-Nennig  
Staatsrat Dr. Kleindiek nimmt vom 12.06.-13.6.2013 an der **Justizministerkonferenz** sowie der dazugehörigen Vorbesprechung der Staatssekretäre am 11.06.2013 teil.
- 12:30** Hafencity, Stockmeyerstraße 45  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Inbetriebnahme des Umspannwerks von Vattenfall in der Hafencity** ein Grußwort.
- 13:30** Feuerwehrrakademie, Bredowstraße 4  
Senator Michael Neumann nimmt anlässlich der **Jahrestagung der Sozialen Ansprechpartner der Hamburger Feuerwehr** die Urkundenübergabe vor.
- 16:00** Wälderhaus, Am Inselepark 19  
Senator Detlef Scheele spricht beim **„ESF im Dialog“** ein Grußwort.
- 18:00** Anglo-German-Club, Harvestehuder Weg 44  
Senator Michael Neumann, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Detlef Scheele, Staatsrat Jan Pörksen, Staatsrat Jens Lattmann, Staatsrat Dr. Michael Voges und Staatsrat Volker Schiek nehmen am **Sommerempfang des Wirtschaftsforum Hamburg e.V.** teil.
- 18:00** Restaurant Bobby Reich, Fernsicht 2  
Senator Ties Rabe spricht anlässlich des **Jahrestreffens der „brotzeit“ Ehrenamtlichen** ein Grußwort.
- 20:00** Laeishalle, Kleiner Saal  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht das **Saisonabschlusskonzert „Resonanzen XI-6 Action Passion Illusion“**.

**Mittwoch, den 12.06.2013**

- ganztagig** Hambacher Schloss, Neustadt an der Weinstraße  
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **Jahrestagung der Finanzstaatssekretärinnen und Staatssekretäre** teil.
- 09:30** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Hamburger Krankenhaustages** ein Grußwort.
- 09:45** Millerntor-Stadion, Feldstraße 1  
Senator Michael Neumann hält anlässlich des **Mädchen-Fußballcup der Metropolregion Hamburg** die Eröffnungsrede.
- 10:30** Rathaus, Kaisersaal  
Senator Detlef Scheele eröffnet den Festakt zum **Auftakt des „Aktionsbündnisses für Bildung und Beschäftigung – Hamburger Fachkräftenetzwerk“** mit einem Grußwort.

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil.

- 10:40** Pflanzen un Blumen  
Staatsrat Jan Pörksen spricht zum "**Tag der kleinen Forscher**" ein Grußwort.
- 11:30** Cinemaxx, Dammtor 1  
Senator Ties Rabe führt die **Preisübergabe beim „Be smart – don't start“** durch.
- ganztägig** Victor's Residenz Hotel Schloss Berg, Perl Nennig  
Senatorin Jana Schiedek nimmt vom 12.06. – 13.06.2013 an der **Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister** teil.
- 12:30** Berlin, Botschaft der Russischen Föderation, Unter den Linden 63-65  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung des Botschafters der Russischen Föderation, Vladimir Grinin, am **Empfang anlässlich des Nationalfeiertages der Russischen Föderation** teil.
- 13:00** Schule Richard-Linde-Weg 49  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Richard-Linde-Weg** teil und spricht ein Grußwort.
- 13:30** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **4. Hamburger Mediensymposiums der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein** ein Grußwort.
- 14:00** Gästehaus der Universität, Rothenbaumchaussee 34  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **50-jährigen Jubiläums der Stiftung Weltweite Wissenschaft** ein Grußwort.
- Donnerstag, den 13.06.2013**
- 09:15** Hochschule für Ökonomie und Management, Schäferkampsallee 16 a  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich der **Eröffnung des 2. Hamburg Welcome Day** (Konferenz „Metropolregion Hamburg: Auf dem Weg zu mehr Internationalität?“) ein Grußwort.
- 10:00** Bundesrat und Bundeskanzleramt, Berlin  
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder** sowie an der anschließenden Besprechung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel teil.
- 10:30** Naturbad Stadtparksee, Südring 5b  
Senator Michael Neumann übernimmt die **Siegerehrung der 3. Klassen des Schülertriathlons**.
- 10:45** Hotel Aquino Tagungszentrum, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Kulturschlösser – Kulturpolitik als Stadtkronenpolitik“ im Rahmen des 7. Kulturpolitischen Bundeskongresses „Kultur nach Plan?“** teil.
- 11:00** Berner Heerweg 137 / Buchnerweg 20  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Richtfestes der Seniorenanlage Farmsen der Wohnungsgenossenschaft von 1904 e.G.** ein Grußwort.
- 11:30** Nürnberg

Senator Detlef Scheele hält anlässlich der "**Nürnberger Tage für Integration**" des **Bundesamts für Migration und Flüchtlinge** eine Rede.

- 12:00** Schwarzenberg, Harburg  
Senator Dr. Peter Tschentscher hält die **Festrede beim traditionellen Spargelessen anlässlich des 485. Harburger Vogelschießens der Harburger Schützengilde**.
- 12:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt gibt anlässlich des **Besuchs von den Nationalsozialisten verfolgter ehemaliger Bürgerinnen und Bürger Hamburgs** ein Senatsfrühstück.
- 13:45** Naturbad Stadtparksee, Südring 5b  
Senator Michael Neumann übernimmt die **Siegerehrung der 4. Klassen des Schülertriathlons**.
- 15:00** Bundeswehrkrankenhaus, Lessertstraße 180  
Senator Michael Neumann nimmt an der **Einweihung des neuen Bettenhauses des Bundeswehrkrankenhauses** teil.
- 18:00** CCH, 2.OG, Marseiller Straße  
Staatsrätin Elke Badde spricht beim **Kongress Norddeutscher Chirurgen** ein Grußwort.
- 19:00** Gasthaus Söhre  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Festlichen Abends des Bürgervereins Wilhelmsburg** ein Grußwort.
- Freitag, den 14.06.2013**
- 08:30** Handelskammer, Adolphplatz 1  
Senator Frank Horch eröffnet die **Hamburger Unternehmenstage Steuern** mit einem Grußwort.
- 09:00** Bornholm  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt im Rahmen des „Folkemødet“ (Dänemarks Politik-Festival mit allen dänischen Spitzenpolitikerinnen und –politikern) auf Bornholm an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Schwedische Steuern – deutscher Lohn – Dänemarks Zukunft?“** teil.
- 09:00** Bundestag, Berlin  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an der **Gedenkstunde zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953** teil.
- 09:00** Bürgersaal Wandsbek  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Fachtagung zum Thema „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ des Vereins „Barrierefrei Leben e. V.“** als Schirmherrin ein Grußwort.
- 10:00** Hegholt 14  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Bramfeld** teil und spricht ein Grußwort.
- 10:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1  
Senator Michael Neumann nimmt an der **8. Sitzung des Runden Tisches „Sicherheit in Hamburg“** teil.

- 11:00** Hamburg, Hotel Louis C. Jacob, Elbchaussee 401-403  
Staatsrat Michael Sachs hält einen Vortrag „Jedes Jahr 6000 Wohnungen – wie, wo, wann, warum, für wen?“ anlässlich der **Bausparkassenkonferenz der Landesbausparkassen**.
- 11:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **amerikanischen Botschafter, Philip D. Murphy, zum Abschiedsbesuch**.
- 12:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79  
Staatsrat Volker Schiek nimmt am **Empfang des neuen Generalkonsulates der Russischen Föderation** teil.
- 12:30** Rathaus, Kaisersaal  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt gibt anlässlich des **Besuches des Bürgermeisters von Dar es Salaam, Dr. Didas Massaburi**, ein Senatsfrühstück.
- 14:00** Regerstraße 21  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Bahrenfeld** teil und spricht ein Grußwort.
- 15:00** Energieberg Georgswerder  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der „**Jungen Hamburger Klimakonferenz 2013**“ ein Grußwort.
- 16:00** Pergamentweg 1  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Öjendorf und des Kurt-Körper-Gymnasiums** teil und spricht ein Grußwort.
- 17:00** Heidrand 5  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Fischbek-Falkenberg** teil und spricht ein Grußwort.
- 18:30** Sachsenweg 74  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Niendorf** teil und spricht ein Grußwort.
- 19:45** Elite Eventhouse, Wilhelm-Iwan-Ring 3  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Eidelstedt** teil und spricht ein Grußwort.
- Samstag, den 15.06.2013**
- 11:00** Englisches Theater, Lerchenfeld 14  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **25-jährigen Bestehens der Fortbildungsakademie der Hamburger Ärztekammer** ein Grußwort.
- 11:00** Senator Ties Rabe nimmt an der **Abiturfeier der Stadtteilschule Poppenbüttel** teil und spricht ein Grußwort.
- 16:00** S-Bahnhof Mittlerer Landweg  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Sonderveranstaltung in Kooperation mit der S-Bahn „Mit der Historischen S-Bahn in die Boberger Dünen“** ein Grußwort.

**17:30** Foyer des Auditoriums max. der Bucerius Law School, Jungiusstraße 6  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich **„Parlando. Ein Sommersalon“**,  
**einer Veranstaltung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius**, ein Grußwort  
und nimmt ab 18:30 an der Podiumsdiskussion „Hamburg: unrankbar!“ teil.

**Sonntag, den 16.06.2013**

**19:00** Schumachers Biergarten, Stadtpark  
Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Abschlussfest des „Langen Tages der  
StadtNatur Hamburg 2013“** ein Grußwort.